



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 62 Mai/4 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Studie beschreibt Verbindung zwischen Mobiltelefonie und Bluthochdruck

Andreas Müller 9/5/2023

Guangzhou (China) – Schon bei 30 Minuten direkter Mobiltelefonie-Zeit und das pro Woche, sehen Forschende ein um mindestens 12 Prozent erhöhtes Risiko Bluthochdruck zu entwickeln und berichten darüber im «European Heart Journal – Digital Health».

Wie das Team um Professor Xianhui Qin von der Southern Medical University im chinesischen Guangzhou aktuell im «European Heart Journal – Digital Health» (DOI: 10.1093/ehjdh/ztad024) berichtet, mache «jede Minute mehr mit dem Handy direkt am Ohr einen riskanten Unterschied». Hingegen gebe es keinerlei Hinweise auf ein entsprechendes Risiko, wenn Freisprecheinrichtungen genutzt werden.

Hintergrund

Derzeitige Schätzungen gehen davon aus, dass fast Dreiviertel der Weltbevölkerung im Alter von mehr als 10 Jahren ein Mobiltelefon besitzen. Nahezu 1,3 Milliarden der Erwachsenen im Alter von 30 bis 79 Jahren haben Bluthochdruck – ein Hauptrisikofaktor für Herzinfarkte und Schlaganfälle, wie sie weltweit mehrheitlich zum Tode führen.

Schon frühere Studien kamen zu dem Schluss, dass die von Mobiltelefonen ausgesendeten niedrigen Level Radiofrequenzenergie schon nach kurzzeitiger Nutzung zu Bluthochdruck führen können. Die bisherigen

Ergebnisse waren jedoch meist widersprüchlich, da sie meist sowohl Anrufe, wie auch Textnachrichten, Gaming und andere Nutzungen der Endgeräte miteinbezogen.



Symbolbild: Mobiltelefonie, Copyright: StockSnap (via Pixabay.com) / Pixabay License

In ihrer aktuellen Studie haben die Forschenden um Qin auch den Unterschied zwischen einkommenden, ausgehenden Anrufen und neu auftretendem Bluthochdruck. Für ihre Studie verwendeten die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen Daten der «UK Biobank».

Insgesamt wurden 212'046 Erwachsene im Alter von 37 bis 73 Jahren ohne Bluthochdruck eingeschlossen. Informationen über die Nutzung eines Mobiltelefons zum Tätigen und Empfangen von Anrufen wurden durch einen selbstberichteten Touchscreen-Fragebogen zu Studienbeginn gesammelt, einschliesslich Nutzungsjahre, Stunden pro Woche und Verwendung einer Freisprecheinrichtung. Als Mobiltelefonnutzer wurden Teilnehmer definiert, die mindestens einmal pro Woche ein Mobiltelefon zum Telefonieren nutzten.

www.grenzwissenschaft-aktuell.de

Die Forschenden analysierten die Beziehung zwischen der Nutzung von Mobiltelefonen und neu auftretendem Bluthochdruck, nachdem sie für Alter, Geschlecht, Body-Mass-Index, Rasse, Deprivation, familiäre Vorgeschichte von Bluthochdruck, Bildung, Raucherstatus, Blutdruck, Blutfette, Entzündungen, Blutzucker, Nierenfunktion und Einnahme von Medikamenten zur Senkung des Cholesterin- oder Blutzuckerspiegels ermittelt hatten. Demnach lag das Durchschnittsalter der Teilnehmer bei 54 Jahren, 62% waren Frauen und 88% Handynutzer.

Das Ergebnis: Während einer mittleren Nachbeobachtungszeit von 12 Jahren entwickelten 13'984 (7%) Teilnehmer Bluthochdruck. Mobiltelefonnutzer hatten im Vergleich zu Nichtnutzern ein um 7% höheres Risiko für Bluthochdruck. Diejenigen, die 30 Minuten oder mehr pro Woche mit ihrem Handy telefonierten, hatten eine um 12% höhere Wahrscheinlichkeit für einen neu auftretenden Bluthochdruck als Teilnehmer, die weniger als 30 Minuten mit Telefonaten verbrachten. Die Ergebnisse waren bei Frauen und Männern ähnlich.

Betrachtet man die Ergebnisse genauer, so betrug im Vergleich zu Teilnehmern, die weniger als 5 Minuten pro Woche Mobiltelefonanrufe tätigten oder entgegennahmen, eine wöchentliche Nutzungszeit 30–59 Minuten, 1–3 Stunden, 4–6 Stunden und mehr als 6 Stunden, was mit einem 8%, 13%, 16% bzw. 25% erhöhtes Risiko für Bluthochdruck einherging.

Hingegen waren bei Mobiltelefonbenutzern die jahrelange eine Freisprecheinrichtung nicht signifikant mit der Entwicklung von Bluthochdruck verbunden. Die Forscher untersuchten auch die Beziehung zwischen der Anwendungszeit (weniger als 30 Minuten gegenüber 30 Minuten oder mehr) und neu auftretendem Bluthochdruck, je nachdem, ob die Teilnehmer ein niedriges, mittleres oder hohes genetisches Risiko hatten, Bluthochdruck zu entwickeln. Auch das genetische Risiko wurde anhand von Daten der «UK Biobank» bestimmt.

Die Analyse zeigte, dass die Wahrscheinlichkeit, Bluthochdruck zu entwickeln, bei Personen mit hohem genetischem Risiko am grössten war, die mindestens 30 Minuten pro Woche mit einem Handy telefonierten – sie hatten eine um 33% höhere Wahrscheinlichkeit, an Bluthochdruck zu erkranken, als diejenigen mit niedrigem genetischem Risiko, die damit verbrachten weniger als 30 Minuten pro Woche am Telefon. Professor Qin sagte: «Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Telefonieren mit dem Handy das Risiko, Bluthochdruck zu entwickeln, möglicherweise nicht beeinflusst, solange die wöchentliche Gesprächszeit unter einer halben Stunde liegt. Es bedarf weiterer Untersuchungen, um die Ergebnisse zu replizieren, aber bis dahin scheint es ratsam, direkte Mobiltelefonanrufe auf ein Minimum zu beschränken, um die Gesundheit des Herzens zu erhalten.»

WEITERE MELDUNGEN ZUM THEMA

Studie weist Einfluss von Handystrahlung auf die Nahrungsaufnahme nach 1. April 2022

Experimente zeigen erstmals, dass und wie Magnetfelder auf Körperzellen wirken ... auch extrem schwache 10. Januar 2021

NABU-Metastudie: «Mobilfunkstrahlung belastet Insekten» 17. September 2020
 Über 260 Wissenschaftler fordern Überprüfung der 5G-Technologie – Sogar NASA und NOAA warnen 11. November 2019
 EU-geförderte Analyse: Elektromagnetische Funkstrahlung von Stromleitungen und Mobilfunk stellt ein potientiellies Risiko für Tier- und Pflanzenwelt dar 24. Mai 2018
 Tierstudie legt Verbindung zwischen Mobilfunkstrahlung und Krebs nahe 30. Mai 2016
 Neue Studie warnt vor Hirntumoren durch mobile Vieltelefonie 16. Mai 2014
 Studie offenbart Verbindung zwischen mobilem Vieltelefonieren und oxidativem Zellstress als Hauptrisikofaktor für Krebs 30. Juli 2013
 Schüler-Experiment zu Mobilfunkstrahlung: Pflanzen keimen nicht in der Nähe von Netzwerk-Routern – Wissenschaftler zeigen Interesse 25. Mai 2013
 Wissenschaftlervereinigung warnt: Mobilfunk-Nutzung fördert Stress und Burn-Out 5. Februar 2013
 Norwegische Studie findet keine Beweise für Gesundheitsrisiko durch Mobilfunk und Funknetzwerke 18. September 2012
 Mobilfunk während Schwangerschaft kann zu Verhaltensstörungen des Nachwuchses führen 16. März 2012
 Elektromog erhöht Asthmarisiko für Neugeborene 3. August 2011
 WHO klassifiziert elektromagnetische Felder durch Mobilfunk erstmals als “möglicherweise krebserregend” 1. Juni 2011
 Studie belegt Einfluss elektrischer Felder auf Hirnaktivität 27. August 2010
 Internationale Studie zu Krebsrisiko durch Mobilfunk liefert kontroverses Ergebnis 19. Mai 2010
 Neue Studie bestätigt athermische Wirkung von Mobilfunkstrahlung 25. Juli 2009
 Bundesamt für Strahlenschutz: Keine Gesundheitsrisiken durch Mobilfunk – ABER... 19. Juni 2008
 Kritik an Mobilfunk-Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz 20. Juni 2008
 Wiener Studien zu Gefahren durch Mobilfunk wurden gefälscht 27. Mai 2008
 Neue Expertenstudie: «Mobiltelefone gefährlicher als Rauchen oder Asbest» 31. März 2008
 Mobiltelefone stören den Schlaf 21. Januar 2008
 Neue Langzeitstudie: Mobiltelefonie erhöht doch das Krebsrisiko 9. Oktober 2007
 Recherchequelle: European Society of Cardiology
 © grenzwissenschaft-aktuell.de
 Quelle: <https://www.grenzwissenschaft-aktuell.de/studie-beschreibt-verbinding-zwischen-mobiltelefonie-und-bluthochdruck20230509/>

Mobilfunk - Verursacht offenbar grauen Star

Dienstag, 9. Mai 2023 , von Freeman-Fortsetzung um 07:39

NÄHER DRAN AN SMARTPHONE & CO. Der Sehabstand zu Mobilgeräten ist oft kürzer als zu Büchern oder Zeitungen. Das strengt auch jüngere Augen an. Gegen den Sehstress gibt es Brillengläser mit leichter Nahunterstützung



<https://zeitpunkt.ch/handystrahlung-verursacht-offensichtlich-grauen-star>

Handystrahlung verursacht offensichtlich Grauen Star

Ein Augenarzt veröffentlicht Praxisbericht zu einseitiger Linsentrübung nach intensivem Handygebrauch. Fazit: Wir brauchen Handyregeln!

Die Umwelt- und Verbraucherorganisation diagnose:funk sieht dringenden politischen Handlungsbedarf in Sachen Handy-Verhaltensregeln. Anlass ist der Praxisbericht des bekannten Augenarztes Dr. Hans-Walter Roth aus Ulm in «Der Augenspiegel». Der Bericht zeigt, dass intensiver Handygebrauch – wir sprechen hier von mehreren Stunden pro Tag – zur einseitigen Trübung der Augenlinse führt. Diese Erkrankung ist als Grauer Star oder Katarakt bekannt. Die getrübe Linse kann nur operativ durch ein Implantat ersetzt werden.

Dr. Roth hatte Patienten, bei denen eine einseitige Operation des Grauen Stars anstand, nach ihren Handygewohnheiten befragt: Die Patienten – alle zwischen 40 und 60 Jahre alt – hatten 8 bis 12 Jahre lang täglich 4 bis 6 Stunden per Handy am Ohr telefoniert. Der Graue Star trat bei allen Patienten eindeutig an der Kopfseite auf, an die sie laut Befragung meistens das Telefon hielten.

Aus dem Wortlaut der Studie:

«Geht man davon aus, dass beim Gebrauch eines Handys ein gewisser Anteil der begleitenden Strahlung – diese liegt im Mikrowellenbereich und wird allgemein als Elektrosmog bezeichnet – auf den menschlichen Körper trifft beziehungsweise ihn durchdringt, dann ist auf Dauer ein Gewebeschaden zu erwarten. (...) Bei der Nutzung eines Smartphones trifft ein Anteil der Strahlung direkt auf das nächstgelegene Auge. Aus der physikalischen Formel, die besagt, dass die Intensität einer Strahlung mit dem Quadrat der Entfernung zur Strahlenquelle abnimmt, folgt, dass das von der Strahlenquelle abgewandte Auge nur ein Viertel der Strahlenmenge im Vergleich zum anderen Auge trifft.»

PDF des Artikels: diagnose-funk.org/1969 (rechts im Kasten der erste Link bei «Downloads», veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung)

Der Studie von Dr. Hans-Walter Roth kommt eine besondere Bedeutung zu, weil sie aus ärztlicher praktischer Erfahrung Schädigungen eindeutig nachweist. Die Untersuchung wurde in der Zeitschrift «Der Augenspiegel», einer führenden Zeitschrift für Augenärzte, im April 2023 veröffentlicht.

Der Abstand ist Dein Freund!

«Dieser Praxisbericht zeigt, dass wir das Handy nicht an den Kopf halten sollten, weil Handystrahlung gesundheitsschädlich ist», sagt Jörn Gutbier, Vorsitzender von diagnose:funk. «Um die Bevölkerung vor Mobilfunkstrahlung zu schützen, müssen die Menschen das Problem und die Handlungsalternativen erfahren und verstehen. Dazu brauchen wir aus gegebenem Anlass eine Informationskampagne. Bundesumweltministerin Steffi Lemke und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sind jetzt am Zug mit folgender Botschaft: Handy und Bluetooth-Kopfhörer bzw. AirPods weg vom Ohr, stattdessen ein kabelgebundenes Headset oder die Freisprecheinrichtung nutzen. So einfach ist das. Sonst geht die Sache ins Auge.»

Die wichtigste Botschaft für eine Aufklärungskampagne über Mobilfunkstrahlung lautet: «Der Abstand ist Dein Freund!» Denn mehr Abstand zwischen dem funkenden Gerät (Handy, Funkkopfhörer, Tablet oder Laptop mit WLAN) und dem eigenen Körper führt zu deutlich weniger Strahlenbelastung. Ausserdem müssen Handyregeln in den Schulen unterrichtet werden, damit Kinder und Jugendliche frühzeitig lernen, mit den Geräten strahlungsarm und damit gesundheitsbewusst umzugehen.

Weitere Hintergrundinfos zum Themenkomplex Augenerkrankungen und Mobilfunkstrahlung bzw. allgemein nicht-ionisierende Strahlung hat diagnose:funk auf seiner Homepage im unteren Teil des Artikels zusammengestellt. Dort findet sich auch eine Auflistung der aktuellen Studienlage, die Grauen Star schon länger mit Mikrowellenstrahlung in Zusammenhang bringt: diagnose-funk.org/1969#hintergrund

Wikipedia zu Katarakt: [https://de.wikipedia.org/wiki/Katarakt_\(Medizin\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Katarakt_(Medizin))

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/05/mobilfunk-verursacht-offenbar-grauen.html#ixzz81NcvQqeNj1>

DIE SÜDDEUTSCHE UND DER IWAN

Das NATO-Kriegs-Orchester

Autor: Uli Gellermann, Datum: 9.5.2023

Man gibt diese Überschrift «Moskau inszeniert Demos im Westen» der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG in die übliche Suchmaschine und bekommt unter dem aktuellen Datum nahezu identische Headlines von der NORDSEEZEITUNG, vom Sender NTV, von ProSieben, von t-online.de, vom SRF Schweizer Radio und Fernsehen, vom Weser-Kurier und der FAZ. Wer diese orchestrierte Kampagne für Zufall hält oder für demokratische Pressevielfalt oder gar Pressefreiheit, der hält auch Frau Baerbock für brillant oder Herrn Habeck für einen Heizungspumpen-Ingenieur.

Das Parfum einer gewissen Bildung

Die SÜDDEUTSCHE (SZ) gilt als Leitmedium und verströmt das Parfum einer gewissen Bildung: Wer sie unter dem Arm trägt, hält sich für einen Intellektuellen. Das Blatt hat eine verkaufte Auflage von 283'759 Exemplaren und erreicht nach der Boulevardzeitung BILD die zweithöchste Auflage der deutschen Tageszeitungen. Sie gehört der Südwestdeutschen Medien Holding GmbH und ist in Familienbesitz. Zum 1. Januar 1994 übernahm Thomas Schaub mit 32 Jahren die Geschäftsführung des Verlagsunternehmens von seinem Vater Dieter Schaub. Die Generation ERBEN ist angetreten.

Text seiner Glaubens-Struktur

Der Artikel beginnt mit dem schönen Wort «offenbar». Ein Wort, das nur offenbart, dass die Autoren nichts Beweisbares offenbaren können. Es wird, im Wechsel mit dem Wort «soll», dem Text seine Glaubens-Struktur geben. Die Leser sollen die Behauptungen der SZ glauben: Der Behauptung, dass «russische Geheimdienste Kundgebungen in Europa unterwandern». Wenn die Behauptungs-Worte «offenbar» oder «sollen» nicht ausreichen, wird ausgerechnet Michael Chodorkowski als Quelle angegeben: Ein Profiteur durch Raub des russischen Volksvermögens wird zum Kronzeugen gegen Russland.

Schwindlig vom Behauptungskarussell

Manchmal wird den Autoren vom eigenen Behauptungskarussell schwindlig, und sie legen den juristischen Sicherheitsgurt an: «Die Echtheit (der Informationen) lässt sich von dritter Seite nicht hundertprozentig prüfen.» Um wenigstens auf zwei, drei echte Prozente zu kommen, lässt man eine anonyme Recherchegruppe aus der SZ, dem NDR und dem WDR auftreten und «Spuren verfolgen». Wohin die Spuren führen, woher sie kommen, das mögen die «Rechercheure» ihren Lesern nicht anvertrauen. Stattdessen werden anonyme Links aufgeführt, die zu irgendwelchen «Demonstrationen» führen sollen.

Dünne Behauptungs-Suppe

Wenn die anonymen Rechercheure und ihre anonymen Links nicht reichen, lässt die SZ «geleakte Dokumente» auftreten, von denen die SZ weder sagen will, wer sie geleakt hat, noch wo das Leck entstanden sein soll. Weil die Behauptungs-Suppe dünn bis zur Durchsichtigkeit geraten ist, rührt die SZ schnell noch die französischen Proteste gegen die Rentenreform rein. Die seien «für einige Personen die Kulisse für Inszenierungen in russischer Regie».

Pensionsberechtigte Legendenschnitzer

Schnell schiebt die SZ-Gruppe die seit den 50er Jahren bewährte Legende von der Finanzierung aus dem Osten hinterher: Die Aktionen der «Taschengeld-Agenten» seien «bewusst klein und billig». Das kann man von den pensionsberechtigten Legendenschnitzern der SZ, dem NDR und dem WDR nicht sagen. Billig sind nur deren Zeugen, so wie der anonyme «Mitarbeiter einer deutschen Sicherheitsbehörde». Dessen zitierten Satz «Wir kennen das» haben die Redakteure beim Frühstück in der Betriebskantine erfunden. Selbst dieser frei erfundene Satz wird mit dem Wort «angeblich» garniert, wenn der «Mitarbeiter einer deutschen Sicherheitsbehörde» über Feiern zum kurdischen Neujahrsfest schwadroniert und hinzufügt: «Russische Agitatoren unter den rund 30'000 Teilnehmern seien aber nicht aufgefallen».

Beim Klittern schwitzen

Es fällt allerdings auf, dass die sprachlichen Verrenkungen bei den Propaganda-Artikeln immer mühsamer dargeboten werden. Die Branche schwitzt beim Klittern derart stark, dass die Lügen aus den Zeilen stinken. Natürlich kann es auch der Angstschweiß sein, der die Schreiber heimsucht. Denn sie ahnen, dass sie auf verlorenem Posten stehen: Alle bekannten Umfragen stellen ein gesunkenes Vertrauen in die Medien fest.

Wann der Iwan kommt, wer weiss?

«Wann der Iwan kommt, wer weiss, wer weiss», sang ein Gassenhauer aus den 50er Jahren und drückte eine durch Propaganda erzeugte Grundangst der Deutschen aus. Es ist diese seit der Nazi-Zeit verbreitete Angst, mit deren Alpträumen Medien wie die SZ den Krieg gegen Russland vorbereiten und begleiten. Der damals heftig und dauernd angekündigte «Iwan» kam bis heute nicht.

Fear sells

«Fear sells» ist der aktuelle Slogan eines Marketings, das der NATO und den Rüstungskonzernen nützt und die Kriegsgefahr erhöht. Angst ist für alle, die nicht am Krieg verdienen, ein schlechter Berater. Die vernünftige Antwort auf «Fear sells» kann nur lauten «Until you stop buying it».

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/die-sueddeutsche-und-der-iwan>

Brüssel gegen China: Zum Schaden Deutschlands

Von WOLFGANG HÜBNER; 9. Mai 2023/45



Ursula von der Leyen besucht gerade einmal mehr Selensky in Kiew, um ihn zum Durchhalten zu ermutigen.

Die EU-Kommission mit der demokratisch nicht legitimierten amerikahörigen Ursula von der Leyen an der Spitze sucht offenbar die Konfrontation mit China. Wenn Berichte zutreffen, dass acht chinesische Unternehmen mit Exportverboten wegen Unterstützung Russlands im Ukraine-Konflikt bestraft werden sollen, dann ist das nichts anderes als eine ökonomische Kriegshandlung. Peking hat bereits scharfen Protest und Reaktionen gegen solche Massnahmen angekündigt. Wenn die militanten Bürokraten in Brüssel tatsächlich glauben sollten, die Chinesen würden nun erschrocken einknicken, wird sich das ebenso als Illusion erweisen wie die vergeblich angestrebte «Ruinierung» Russlands.

Und wieder wird der Hauptgeschädigte des Brüsseler Größenwahns die Wirtschaftslokomotive der EU sein, also Deutschland. Kein anderes europäisches Land hat so umfassende ökonomische Beziehungen und solche Interessen an einem guten Verhältnis zu China wie Deutschland. Haben schon die extrem selbstschädigenden Sanktionen gegen Russland tiefe Wunden geschlagen, die jeder Bundesbürger nicht zuletzt materiell spürt, so wäre eine Zerrüttung oder gar Zerstörung des für Deutschland so profitablen Verhältnisses zu China ökonomisch katastrophal. Das mag den Hauptkriegstreibern in der Berliner «Ampel», Grünen und FDP, egal sein – für viele Millionen Menschen in Deutschland wird das mit einem bislang nicht vorstellbaren Verlust an Wohlstand und sozialer Sicherheit verbunden sein.

Die kurzfristige chinesische Ausladung von FDP-Finanzminister Lindner signalisiert bereits die Entschlossenheit Pekings, keinen Konflikt zu scheuen. Und selbstverständlich treibt die Entwicklung China noch enger an die Seite Russlands. Aber es gibt Kräfte in Brüssel wie in Berlin, die sowohl die EU als auch Deutschland mit aller Macht in die künftige US-Kriegskoalition gegen Russland/China treiben wollen. Es ist leider zu erwarten, dass weder der schwache SPD-Kanzler Scholz noch die meist feigen deutschen Konzernmanager dagegen wirksamen Widerstand aufbringen werden. Und von der Leyen besucht gerade einmal mehr Selensky in Kiew, um ihn zum Durchhalten zu ermutigen. Wenn es zum Bruch mit China kommt, wird hingegen niemand Deutschland und die Deutschen ermutigen.



Wolfgang Hübner

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Geopolitik, Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der «Bürger für Frankfurt» (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite und seinen Telegram-Kanal erreichbar.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2023/05/bruessel-gegen-china-zum-schaden-deutschlands/>

Australische Gesetzgeber fordern die USA auf, das Verfahren gegen Assange einzustellen Die parlamentarische Gruppe Bring Julian Assange Home traf sich mit der US-Botschafterin in Australien

Dave DeCamp

Eine parteiübergreifende Gruppe australischer Parlamentsabgeordneter traf am Dienstag mit der US-Botschafterin in Australien zusammen und forderte Washington auf, die Anklage gegen den WikiLeaks-Gründer Julian Assange, einen australischen Staatsbürger, fallen zu lassen.

Die Delegation von Gesetzgebern, bekannt als «Bring Julian Assange Home Parliamentary Group», erklärte der US-Botschafterin Caroline Kennedy, dass es im australischen Parlament eine breite Unterstützung für Assange gebe.

Der unabhängige Abgeordnete Andrew Wilkie sagte in einer Erklärung, dass die Gesetzgeber «die Botschafterin von der breiten Unterstützung im australischen Parlament für Herrn Assange beeindruckt haben, die letzte Woche sowohl vom Premierminister als auch vom Oppositionsführer deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, als sie sagten, dass diese Angelegenheit lange genug gedauert habe».

Der australische Premierminister Anthony Albanese sagte letzte Woche, er sei «frustriert» über die anhaltenden Bemühungen der Regierung Biden, Assange auszuliefern. Im Falle einer Verurteilung in den USA drohen Assange bis zu 175 Jahre Gefängnis für die Veröffentlichung von Informationen über die US-Kriege im Irak und in Afghanistan.

Die Verurteilung wäre ein gefährlicher Präzedenzfall für die Pressefreiheit in den Vereinigten Staaten und weltweit, da Assange kein amerikanischer Staatsbürger ist. Die Regierung Biden gerät zunehmend unter Druck, die Anklage gegen Assange fallen zu lassen, der seit April 2019 im Londoner Belmarsh-Gefängnis inhaftiert ist, als das Justizministerium der Trump-Regierung die Anklage gegen ihn bekannt gab.

Weitere Staats- und Regierungschefs haben sich für Assange ausgesprochen, darunter Brasiliens Präsident Luiz Inacio Lula da Silva. «Es ist beschämend, dass ein Journalist, der die Machenschaften eines Staates gegen einen anderen anprangert, verhaftet und zum Tod im Gefängnis verurteilt wird und wir nichts tun, um ihn zu befreien. Das ist doch verrückt», sagte Lula letzte Woche.

«Wir reden von Meinungsfreiheit, aber der Mann sitzt im Gefängnis, weil er Missstände anprangert. Und die Presse unternimmt nichts, um diesen Journalisten zu verteidigen. Ich kann das nicht verstehen», fügte der brasilianische Staatschef hinzu.

Botschafterin Kennedy ist das letzte überlebende Kind von Präsident John F. Kennedy. Ihr Cousin Robert F. Kennedy Jr. hat kürzlich eine Präsidentschaftskandidatur gestartet und erklärt, er würde Assange im Falle seiner Wahl begnadigen.

«Anstatt sich für die Meinungsfreiheit einzusetzen, verfolgen die USA aktiv Journalisten und Whistleblower. Ich werde mutige Wahrheitssprecher wie Julian Assange begnadigen und die Korruption und Verbrechen untersuchen, die sie aufgedeckt haben», schrieb RFK Jr. auf Twitter.

erschieden am 9. Mai 2023 auf> Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_05_10_australische.htm

Ist Frieden mit Russland möglich? Eine neue Initiative sagt: «Ja»!

Von CONNY AXEL MEIER 8. Mai 2023

Die ukrainisch-stämmige Elenea Kolbasnikowa hat eine neue Bewegung mit dem Namen «Aufbruch Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit» gestartet und wird seit Wochen in der BILD-Zeitung als «Putin-Fangirl» verunglimpft.

Es war Konrad Adenauer, der 1955 mitten im kalten Krieg nach Moskau flog und die ersten ernsthaften Kontakte der jungen, teilsouveränen Bundesrepublik zur Sowjetunion knüpfte. Die letzten deutschen Kriegsgefangenen wurden daraufhin freigelassen und kehrten in ihre Heimat zurück. Das war noch keine deutsch-russische Freundschaft. Die Welt war geteilt in zwei hochgerüstete Blöcke und die Frontlinie der Verfeindeten lief mitten durch Deutschland.

Auch die Ostpolitik von Willy Brandt führte nicht zum Frieden, bestenfalls zu einigen humanitären Erleichterungen. Erst der Nachrüstungs-Doppelbeschluss unter Helmut Schmidt machte letztendlich den Weg frei zur deutschen Wiedervereinigung. Helmut Kohl und Michail Gorbatschow als Vollender der Einheit stellten dann die deutsch-russischen Beziehungen auf eine neue, freundschaftliche Ebene.



Das hätte so bleiben können. Der Warschauer Pakt existierte nicht mehr und die mittelosteuropäischen Länder erhielten ihre Freiheit zurück. Die NATO, als Relikt des kalten Krieges, hatte ihre Existenzberechtigung verloren und hätte aufgelöst werden können. Das geschah nicht. Im Gegenteil! Die NATO breitete sich immer weiter nach Osten aus und ist explizit gegen Russland ausgerichtet. Im Widerspruch zur NATO-Russland-Grundakte von 1997 wurde das Verhältnis zwischen Russland und den meisten NATO-Staaten nicht verbessert, sondern sukzessive an den Rand eines Krieges herangeführt.

Es ist müßig darüber zu diskutieren, ob Deutschland und die NATO bereits Kriegsteilnehmer im ukrainischen Stellvertreter-Krieg sind, oder noch nicht. Die angekündigte Lieferung von 5000 Stahlhelmen war keine Bedrohung für Russland, Kampfpanzer-Lieferungen aber schon. Ob der Kriegseintritt für Deutschland

erst bei der Lieferung von Kampfflugzeugen oder bei der Entsendung von «Friedenstruppen» beginnt oder mit den Leopards schon begonnen hat, dazu gibt es unterschiedliche Meinungen. Zum Frieden tragen Waffenlieferungen in keinem Fall bei.

«Frieden schaffen ohne Waffen» war das Motto der Friedensbewegungen in den 80er- und 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Was daran falsch sein sollte in heutiger Zeit, in der aktuellen Situation, erschliesst sich dem Normalbürger nicht. Dass endlose Waffenlieferungen an die Ukraine mehr Tote fordern werden und nicht weniger, dürfte jedermann klar sein. Ebenso, dass der staatlicherseits verordnete Hass auf Russen, Russlanddeutsche und alles Russische sowieso, weder den Ukrainern noch den Russen hilft und den Deutschen schon gar nicht, ist offensichtlich. Trotzdem sind die Kriegstreiber der Ampel nicht bereit, über Friedensperspektiven auch nur nachzudenken. Auch in anderen europäischen Ländern sieht es mau aus mit Friedensinitiativen. Ausser Viktor Orbán und dem Papst möchte anscheinend niemand Frieden in Europa, von einem utopischen «Siegfrieden» der Ukraine abgesehen.

«Aufbruch Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit»

Dem will eine neu gegründete Friedensinitiative nun nachhelfen. Die ukrainisch-stämmige Elenea Kolbasnikowa hatte sich in Köln schon in der Vergangenheit für Frieden und Aussöhnung mit Russland eingesetzt, einen Autokorso und Friedenskundgebungen organisiert (PI-NEWS berichtete). Dass der Einsatz für Frieden mit Russland wieder mal strafrechtlich verfolgt wird, ist seit 1945 allerdings ein Novum der letzten beiden Jahre, das aber wenige interessiert. Nun hat Kolbasnikowa, die in der BILD-Zeitung seit Wochen als «Putin-Fangirl» verunglimpft wird, mit der Unterstützung des Leverkusener Politikers und Rechtsanwalts Markus Beisicht (Aufbruch Leverkusen) und des ehemaligen AfD-Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, eine neue Bewegung mit dem Namen «Aufbruch Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit» gestartet. Kaum wurde die Gründung öffentlich bekannt, setzte das vorhersehbare «Nazi»-Geschrei ein: «Rechtsextreme» und «Rechtsradikale» waren noch die harmloseren Zuschreibungen. Die Gründer verfassten dazu eine Pressemitteilung.

Auszugsweise heisst es dort:

«Aufgrund der Entwicklungen in Deutschland und Europa sehen wir es als unsere Pflicht an, für einen Ausgleich mit Russland einzutreten und der amerikanischen Agenda und Vereinnahmung zu widersprechen. Dazu werden wir uns kritisch in die öffentliche Diskussion zu Ukraine-Krieg und Waffenlieferungen, zu Russlandsanktionen und transatlantischer Fremdbestimmung einmischen und haben zudem vor, an der Europawahl teilzunehmen.

Für uns gilt zudem als Gebot der Stunde, in Deutschland eine friedensbewegte Querfront von links bis rechts zu bilden und alle Menschen, egal welcher Herkunft und sonstigen Weltanschauungen, hinter unseren Grundpositionen zu vereinen. Für uns gibt es dabei kein Distanzierungsgebarren und kein künstlich generiertes Lagerdenken. Vor dem Hintergrund einer eskalierenden westlichen Kriegstreiberei und der Gefahr eines nuklearen Krieges sehen wir uns als Deutsche, auch in Verantwortung der europäischen Geschichte gegenüber, gezwungen, einer einseitigen Vereinnahmung entgegenzuwirken. Die Rolle Deutschlands muss endlich die eines souveränen, neutralen deutschen Staates sein. Wir können und dürfen uns nicht länger in Konflikte anderer Mächte hineinziehen lassen, sondern müssen diesen Konflikten konstruktiv vermittelnd entgegenwirken.»

Es ist gut, dass sich möglichst viele Menschen für den Frieden aussprechen, was der Regierung sicher nicht gefallen wird. Eher können Wetten darauf abgeschlossen werden, wann sich der Haldenwang-Regierungsschutz und Antifa-Faeser für diese Initiative interessieren werden.

Die komplette Pressemitteilung gibt es hier. (Anmerkung: <https://www.facebook.com/people/Aufbruch-Frieden-Souver%C3%A4nit%C3%A4t-Gerechtigkeit/100092325709460/?mibextid=ZbWKwL>)

»Kontakt: presse@aufbruch20.de

Quelle: <https://www.pi-news.net/2023/05/ist-frieden-mit-russland-moeglich-eine-neue-initiative-sagt-ja/>

Ungebremste Zuwanderung ist die Ursache – Bedrohtes Ökosystem Schweiz

Hans Geiger, em. Professor für Bankwesen, Weiningen ZH VERÖFFENTLICHT AM 5. MAI 2023

Gemäss einer im «Tages-Anzeiger» vom 29. April 2023 zitierten Studie sind auf der Welt «die durch eingeschleppte Tiere und Pflanzen verursachten Kosten in den letzten Jahrzehnten um das Achtfache gestiegen». «Global gesehen liegt die Summe der durch Neobiota [invasive Arten] verursachten Schäden von 2000 bis 2019 bei rund 1'100 Milliarden Dollar». Das ist mehr als die im gleichen Zeitraum verursachten Kosten von Hochwassern, Erdbeben oder Dürren. Nur Stürme waren noch teurer. Illustriert ist der Wissensbeitrag im «Tages-Anzeiger» mit Bildern von Maiswurzelbohrer, Wandermuschel und Berufkraut.



Die Situation in der Schweiz

In der Schweizer Politik ist das Thema nicht neu. Der Obwaldner Nationalrat Karl Vogler reichte 2013 ein Postulat ein zum Thema «Stopp der Ausbreitung von invasiven gebietsfremden Arten». Sechs Jahre später beschloss der Bundesrat das relevante Gesetz so anzupassen, dass «nicht-einheimische Pflanzen und Tiere, die in der Schweiz potenziell Schäden verursachen, effizienter bekämpft werden können».

Und so sehen die Zahlen aus: In der Schweiz gibt es rund 56'000 verschiedene Arten von Pflanzen (5'450), Tieren (39'434) und Pilzen und Flechten (11'121). Davon sind ca. 1300 oder gut zwei Prozent gebietsfremde Arten. Von diesen Gebietsfremden werden rund fünfzehn Prozent als invasiv bezeichnet, nämlich 85 Tiere, 730 Pflanzen und 145 Pilze. Das sind Zahlen, die politische Massnahmen durchaus rechtfertigen.

Zürich

Auch der Kanton Zürich hat das Thema auf der Traktandenliste. Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) hat sich kürzlich zu Wort gemeldet. Das Awel ermahnt insbesondere «Personen, die Motorboot fahren, segeln, paddeln, tauchen oder fischen» mit der Kampagne «Vorsicht blinde Passagiere», beim Wechsel von einem Gewässer in ein anderes Gewässer Boote, Geräte und Ausrüstung zu kontrollieren, zu reinigen und zu trocknen. Sonst könnten sie mit ihrer Tätigkeit invasive gebietsfremde Tiere oder Pflanzen unbeabsichtigt aus anderen Gewässern einschleppen.

Das Awel stellt den Zürcher Wassersportfreunden übrigens ein gutes Zeugnis aus. Bei Untersuchungen von Proben aus den Zürcher Gewässern konnten keine Spuren von Quaggamuscheln und zwei Schwarzmeergrundel-Arten nachgewiesen werden.

Biodiversität

Die Probleme rund um gebietsfremde invasive Arten gehören zum grossen Themenkreis von Ökosystem und Biodiversität. Die unter der Leitung des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) 2012 erarbeitete «Strategie Biodiversität Schweiz» stellte fest, dass die Biodiversität in der Schweiz seit 1900 starke Verluste erlitt.

Als ein Grund werden auch eingeführte invasive Arten erwähnt, die wichtigsten Ursachen aber sind menschgemacht: Je mehr Menschen, desto weniger Biodiversität. Erwähnt sind im Strategiepapier dazu als direkte Ursachen der Siedlungsausbau, Verkehrsinfrastrukturen, Tourismus, der Ausbau der erneuerbaren Energien. Übrigens: Die Bevölkerung der Schweiz hat sich seit 1900 von 3,3 auf 8,8 Millionen weit mehr als verdoppelt.

Bevölkerung und Zuwanderung

Ende 2022 lebten 8,8 Millionen Menschen in der Schweiz. Innert nur zehn Jahren hat die Bevölkerung um rund eine Million zugenommen. 2022 sind rund 81'000 Ausländerinnen und Ausländer mehr in die Schweiz eingewandert, als das Land verliessen. Die Nettozuwanderung nahm damit innert Jahresfrist um 20'000 Menschen zu. Ein enormer Zuwachs von über 60 Prozent ergab sich bei den Asylgesuchen, die sich auf 24'500 erhöhten. Hinzu kamen knapp 75'000 Gesuche für den Schutzstatus S von Menschen aus der Ukraine. Die wichtigsten Herkunftsländer der Asylsuchenden waren Afghanistan und die Türkei.

Diese Entwicklung macht Angst. Am 17. April 2023 publizierte der «Tages-Anzeiger» das Resultat einer Online-Umfrage mit rund 50'000 Antworten. 62 Prozent wollen die Einwanderung beschränken. Ob Städter, Landbewohner, Romands oder Deutschschweizer, Ausländer oder Schweizer, jung oder alt, arm oder reich, fast alle sind sich einig: Das Bevölkerungswachstum der letzten Jahre kann so nicht weitergehen.

Anhänger der SVP sind zu 93 Prozent dieser Meinung. Am linken Rand sind 56 Prozent der Anhänger der Grünen gegen Einschränkungen.

Die Grünen sind nicht grün

Zwar schreiben die Grünen in ihrer «Agenda 2023–2027», dass sie sich im Bundeshaus für Klima, Biodiversität und eine gleichgestellte und vielfältige Gesellschaft einsetzen wollen. Die Grünen schwärmen von einer «postmigrantischen und vielfältigen Gesellschaft». Sie behaupten, die Schweiz «behandle Migrant*innen wie Menschen zweiter Klasse und lege ihnen viele Steine in den Weg: keine politischen Rechte, unsichere Aufenthaltstitel und eine soziale Absicherung, die weit unter dem Existenzminimum liege».

Und weiter: «Wir Grünen wehren uns gegen die destruktive Politik der Abschottung und Ausgrenzung und stehen für sichere Fluchtwege und eine solidarische Gesellschaft ein.» Ausdrücklich kämpfen sie für die Ermöglichung legaler Fluchtwege für Afghaninnen und Afghanen. Die überwiegende Mehrzahl der afghanischen Flüchtlinge sind junge Männer.

Mit ihrer Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik schaden die Grünen dem biologischen und dem gesellschaftlichen Ökosystem der Schweiz. Zudem verhindern sie damit ihr nationales Klimaziel von «netto Null». Denn je mehr Menschen, desto mehr menschengemachtes CO₂, das für die Klima-Erwärmung verantwortlich sei.

Ecopop für die Umwelt

Wer sich ehrlich für die Umwelt einsetzen will, sieht sich besser vertreten bei Ecopop. Ecopop ist die einzige Umweltorganisation der Schweiz, welche die Bevölkerungszahl und deren Auswirkung auf die Natur thematisiert. Und dies seit fünfzig Jahren. Ecopop schreibt: «Weil wir unsere Natur lieben, wollen wir nicht einfach zuschauen, wie sie durch das hohe Bevölkerungswachstum mehr und mehr verdrängt wird.»

Wer beim Umweltthema die Bevölkerungsfrage verschweigt, ist nicht ehrlich – oder dumm.

Ökosystem Schweiz: Machen wir uns nichts vor. Die Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten ist für das Ökosystem Schweiz wichtig, entscheidend ist sie nicht. Entscheidend für das natürliche und das gesellschaftliche Ökosystem ist die Zuwanderung.

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/bedrohtes-oekosystem-schweiz/>

RECHTSBEUGUNG AUS RUSSENHASS Gericht streicht Gerhard Schröder das Büro

Autor: Uli Gellermann, Datum: 5.5.2023

Alle haben ein Staatsbüro, die deutschen Ex-Kanzler. Über den Sinn eines solchen Büros für Exe kann man trefflich streiten. Warum ausgerechnet Angela Merkel neben ihrer üppigen Rente von 15'000 Euro brutto pro Monat mit den Kosten für einen Büroleiter, zwei Referenten, eine Büro- oder Schreibkraft und einen Chefkraftfahrer vom deutschen Steuervolk ausgestattet wird, dafür gibt es keine sinnvolle Erklärung. Auch dass die Dame in einer Staatskarosse von Audi mit einem Vierliter-Biturbo-V8 und 435 PS durch die Gegend kutschiert, wird kein Normalo begreifen.

Merkels Luxus-Ausstattung

Wenn die politische Wirklichkeit zur Geltung käme, müsste der Merkel die Luxus-Ausstattung eigentlich von den USA finanziert werden. Denn mit Merkels NATO-Haltung zum Beispiel – sie behauptet tatsächlich vom US-Bündnis, es sei «friedenserhaltend» – vertritt die Ex eigentlich eher US-Interessen als die der Deutschen. Obwohl die USA als grösster Kriegstreiber gelten dürfen, sondert Merkel solche Sätze ab: «Deutschland und Amerika sind auf das Engste miteinander verbunden.» Dass US-Präsident Biden sie eine «Freundin» nannte, versteht sich.

Kündigung der Schröder-Finanzhilfe

Ziemlich eindeutig erfolgte die Kündigung der Schröder-Finanzhilfe durch den Haushaltsausschuss des Bundestages wegen dessen Haltung zu Russland. Lange Jahre hatten unterschiedliche deutsche Regierungen ein halbwegs neutrales Verhältnis zu Russland. Im Zuge des Ukrainekriegs, der von der NATO-Einkreisung der Russischen Föderation ausgelöst wurde, wurde der russische Nachbar zum Feind erklärt. Als Schröder jüngst gegen die Kündigung der Finanzhilfe klagte, verlor er den Prozess, obwohl die Kündigung nichts mit Recht und Gesetz, sondern mit politischer Bestrafung zu tun hatte.

Apanagen aller Ex-Kanzler?

Sehr speziell ist deshalb auch die Begründung des Gerichtes für den Büro-Entzug. Man könne nicht für Schröder entscheiden, weil es «an der erforderlichen Überzeugung der Beteiligten (fehle), dass die Bundeskanzler a.D. einen entsprechenden Anspruch haben». Zwar rudert das Gericht im Plural, widmet sich aber keinesfalls einer General-Entscheidung über die Apanagen aller Ex-Kanzler. Schröder soll für mangelndes Wohlverhalten bestraft werden, sonst niemand.

Dem Gericht fehlt die Überzeugung

Die Begründung des Gerichts muss man mal auf andere Rechtsfälle anwenden: Wie klingt z. B. in einem Betrugsfall diese Entscheidung: «Dem Gericht fehlt die Überzeugung, dass der Betrogene einen Anspruch auf Entschädigung habe». Der Begriff «Überzeugung» ist natürlich keine juristische, sondern eine politische Kategorie. Die Gerichtspräsidentin Erna Xalter fiel schon einmal durch eine sonderbare Wortwahl auf.

Der nichtrichterliche Bereich

Die Bewältigung von «Belastungsspitzen» hielt sie in einem Interview nur für möglich, wenn ein Gericht (auch in den nichtrichterlichen Bereichen zusammenhält). Der «nichtrichterliche Bereich» – was mag der sein? Politische Vorlieben oder Gutdünken oder Kumpanei? Mit dem Corona-Regime verfiel das deutsche Rechtswesen zunehmend dem politischen Tendenz-Betrieb; der Ukraine-Krieg lässt diesen Verfall immer deutlicher hervortreten.

Erforderliche Neutralität aufgegeben

Längst hat die deutsche Justiz ihre erforderliche Neutralität aufgegeben. Zwar sagt die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, es müsse sichergestellt sein, dass der Richter ein unbeteiligter Dritter ist. Aber der in Medien und Politik herrschende Russenhass macht leider vor der Justiz nicht halt. Was den vom offiziellen Recht gebeugten Bürgern bleibt, ist die Suche nach ihrem Recht auf Strassen und Plätzen.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/rechtsbeugung-aus-russenhass>

Das Schicksal des Selensky-Regimes ist besiegelt

Melkulangara Bhadrakumar

Die kryptischen oder spöttischen Bemerkungen des Westens, die die Erklärung des Kremls zum gescheiterten ukrainischen Attentatsversuch auf Präsident Wladimir Putin anzweifeln, ändern nichts an der Tatsache, dass Moskau keinen Grund hat, eine derart schwerwiegende Anschuldigung zu erfinden, die dazu geführt hat, dass die Feierlichkeiten zum Tag des Sieges am 9. Mai, einem triumphalen Moment in der Geschichte Russlands, abgesagt werden mussten, vor allem jetzt, wo das Land sich wieder einmal im Alleingang gegen das Wiederaufleben der Nazi-Ideologie in der politischen Landschaft Europas wehrt.

Die Eilfertigkeit, mit der US-Aussenminister Antony Blinken die Kreml-Behauptung abwimmelte, verrät vielleicht, worum es geht. Es liegt in der DNA der Neokonservativen, sich in solchen entscheidenden Momenten zu ducken. Allerdings distanzierte Blinken auch die Regierung Biden von dem Angriff auf den Kreml, was vorhersehbar war.

Zuvor hatte der Vorsitzende der Generalstabschefs, General Marks Milley, in einem Interview mit der Zeitschrift «Foreign Affairs» Ähnliches getan und jede Verantwortung für die bevorstehende ukrainische «Gegenoffensive» von vornherein abgelehnt. Dies ist der neue Refrain der Biden-Administration – nichts Böses hören, nichts Böses sagen. Es wird auch nicht mehr davon gesprochen, Kiew bis zum Ende zu unterstützen, «egal was es kostet» – wie Biden bis zum Überdruß zu sagen pflegte.

Der Kern der Sache ist, dass Kiews viel gepriesene «Gegenoffensive» inmitten der weit verbreiteten westlichen Prognosen, dass sie ein Rohrkrepierer sein wird, ins Stocken geraten ist. Im Mittelpunkt des Podcasts mit General Milley über auswärtige Angelegenheiten in dieser Woche stand auch seine Skepsis hinsichtlich des Ergebnisses. Milley weigerte sich, kategorisch zu sagen, dass Kiew überhaupt eine «Gegenoffensive» starten würde!

Wir stehen heute vor einem gewaltigen Dilemma, da sich die gesamte westliche Darstellung einer russischen Niederlage als ein Haufen Lügen herausstellt und sich gleichzeitig der Mythos von Kiews militärischem Können, das es mit der weit überlegenen militärischen Macht einer Supermacht aufnehmen kann, in Luft aufgelöst hat. Das ukrainische Militär wird systematisch zu Staub zermahlen. In Wirklichkeit ist die Ukraine zu einer offenen Wunde geworden, die schnell zu Wundbrand wird, und es bleibt nur noch wenig Zeit, die Wunde zu kauterisieren.

Das Kiewer Regime ist jedoch von Fraktionszwängen geprägt. Es gibt mächtige Cliquen, die Friedensgesprächen mit Russland abgeneigt sind, solange Moskau nicht kapituliert, und stattdessen eine Eskalation wollen, damit die westlichen Mächte sich weiterhin engagieren. Und auch nach dem Rücktritt von Boris Johnson haben sie im Westen Unterstützer.

Die militante Clique im Kiewer Machtgefüge könnte die Urheber dieses gefährlichen, gegen den Kreml gerichteten Provokationsaktes gewesen sein, mit dem Hintergedanken, einen russischen Vergeltungsschlag auszulösen.

Nach Blinkens nichtssagender Bemerkung scheinen die Neocons in der Biden-Administration unter der Führung von Victoria Nuland auch nicht in der Stimmung zu sein, die Aussenseiter in Kiew zu zügeln. Was Europa betrifft, so hat es ebenfalls seine Stimme verloren.

Dies wird wahrscheinlich als historisches Versagen der europäischen Führung in die Geschichtsbücher eingehen, und im Mittelpunkt steht das Paradoxon, dass nicht Frankreich, sondern die deutsche Regierung sich im Ukraine-Krieg enger mit den USA verbündet hat und eine innereuropäische «Epoche der Konfrontation» riskiert.

Aber auch sonst sind dies verhängnisvolle Zeiten, denn die politische Mitte ist in Frankreich und Italien bereits geschrumpft und in Deutschland selbst durch die Pandemie, den Krieg und die Inflation stark ge-

schwächt. Es ist wichtig zu betonen, dass dies nur zum Teil eine wirtschaftliche Geschichte ist, da der Niedergang der Mitte und die Deindustrialisierung in Europa eng miteinander verbunden sind und das soziale Gefüge, das die Mitte stützte, ins Wanken geraten ist.

Deutschland, das Kraftzentrum Europas, hat bisher relativ viel Glück gehabt. Es profitierte von billigen Arbeitskräften aus Osteuropa und billigem Gas aus Russland. Doch damit ist es jetzt vorbei, und der Niedergang der deutschen Industrie ist absehbar. Wenn die Gesellschaft zersplittert, zersplittert auch das politische System, und es wird immer mehr Mühe kosten, solche Länder zu regieren. In Deutschland und Italien gibt es Drei-Parteien-Koalitionen, in den Niederlanden vier Parteien und in Belgien eine Sieben-Parteien-Koalition.

Im Moment geben die Hardliner des Kiewer Regimes das Tempo vor, und die Europäer werden kleinlaut folgen. Aber es steht ein «Schauer im Raum» – um es mit den Worten von Judie Foster im Horrorfilm «Das Schweigen der Lämmer» zu sagen, als Anthony Hopkins sich blitzschnell in Hannibal Lecter verwandelte.

Täuschen Sie sich nicht, dies ist ein Wendepunkt; das ungeschickte Attentat auf Putin erschüttert das Kaleidoskop bis zur Unkenntlichkeit. Der einzige tröstliche Gedanke ist, dass sich die Kremelführung nicht von Emotionen leiten lassen wird. Die überlegte Reaktion des Kremls lässt sich aus den Äusserungen des russischen Botschafters in den USA, Anatoli Antonow, ablesen: «Wie würden die Amerikaner reagieren, wenn eine Drohne das Weisse Haus, das Kapitol oder das Pentagon treffen würde? Die Antwort liegt für jeden Politiker wie auch für den Durchschnittsbürger auf der Hand: Die Bestrafung wird hart und unvermeidlich sein.»

Der Botschafter fuhr fort, um das Fazit zu ziehen: «Russland wird auf diesen unverschämten und anmassenden terroristischen Angriff reagieren. Wir werden antworten, wenn wir es für notwendig halten. Wir werden im Einklang mit der Einschätzung der Bedrohung, die Kiew für die Führung unseres Landes darstellt, antworten.»

Es sind keine Kurzschlussreaktionen zu erwarten. Dennoch muss die Verkleinerung der Feierlichkeiten zum Tag des Sieges auf dem Roten Platz selbst eine schwierige Entscheidung gewesen sein. Der Tag des Sieges am 9. Mai ist der wichtigste Feiertag in Russland, an dem die Öffentlichkeit und der Staat zu einer patriotischen Feier zusammenkommen, bei der die Menschen ihrer Familienmitglieder gedenken, die ihr Leben für den Sieg über den Nationalsozialismus geopfert haben.

Viele der Merkmale dieses Tages – Paraden, Lieder und Gedenkveranstaltungen – stammen noch aus der Sowjetzeit. Der Tag des Sieges ist der einzige grosse Feiertag, der den Übergang ins postsowjetische Russland geschafft hat. In einem Land, das mit der Auflösung der Sowjetunion viele seiner Idole und heldenhafte Errungenschaften verloren hat, bleibt der Triumph über den Nationalsozialismus eine Quelle enormen kollektiven und persönlichen Stolzes.

Doch Putin sind die Hände gebunden, wenn das Land in Wut gerät und Vergeltung fordert, wie aus den Äusserungen des ehemaligen russischen Präsidenten und derzeitigen stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, hervorgeht: «Nach dem heutigen Terroranschlag gibt es keine anderen Möglichkeiten als die physische Beseitigung von Selensky und seiner Clique.»

Was Selensky betrifft, so hat er Kiew einfach in Richtung Helsinki verlassen – und reist danach nach Den Haag, um am 13. Mai zu einem Staatsbesuch in Berlin einzutreffen – vielleicht wittert er Gefahr. In der Tat scheint das Schicksal des Selensky-Regimes besiegelt. Selensky erinnert uns an den mythischen wandernden Juden, der Jesus auf dem Weg zur Kreuzigung verspottete und dann dazu verflucht wurde, bis zur Wiederkunft auf der Erde zu wandeln.

erschienen am 5. Mai 2023 auf> Ron Paul Institute for Peace and Prosperity

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_05_06_dasschicksal.htm

«Impftote schweigen nicht – Pfizers Supergau»

Hwludwig, Veröffentlicht am 4. Mai 2023

«Pfizers Massenmord-Verhüllungsplan schlägt auf ihn zurück», sagt Kla.TV-Gründer Ivo Sasek und kommentiert hier die brisanten Pfizer-Akten, die per Gerichtsbeschluss, statt für 75 Jahre versiegelt, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. «Pfizer rechnete eindeutig schon vor Impfstart mit der «Zeitbombe Impftod», nicht aber mit dem hörbaren Schrei der Impftoten aus allen möglichen Statistiken.» Und Ivo Sasek wirft einen Blick auf vergangene Verbrechen von Pfizer & Co, Machenschaften der EMA, die Untätigkeit der Justiz und appelliert an die stillen Ärzte und Wissenschaftler und die schweigende Mehrheit. Nachfolgend bringen wir etwas übersichtlicher, mit Kapitel-Überschriften versehen, das Transkript seiner Video-Sendung vom 21. April 2023 (hl):



Pixabay

Impftote schweigen nicht – Pfizers Supergau

von Ivo Sasek

Die deutsche Rentenkasse hatte noch im Jahr 2019 ein Defizit von 6,5 Milliarden Euro zu beklagen! Jetzt aber, keine zwei Jahre seit Covid-Impfbeginn, konnte dieselbe Rentenversicherung der Deutschen Presse-Agentur mitteilen, dass sie wegen der hohen Sterblichkeitsrate einen Überschuss von 2,1 Milliarden Euro erwartet.

Ausschnitt aus der Sendung «Der Todescountdown läuft!» (www.kla.tv/17843) eingefügt:

«Alle Sterbelisten der Welt beweisen bis dato, dass es bis hierher, also 30. Dezember 2020, keine höhere Sterberate gab als in normalen Grippejahren, eher darunterliegend.»

Diese Fakten hat das Manager Magazin am 28. Dezember 2022 ans Licht gebracht, unter dem Titel, ich zitiere: «Volle Kassen! Höhere Sterblichkeit verhilft Rentenversicherung zu Milliardenüberschuss» Also innert nur gerade zwei Jahren seit Impfbeginn 8600 x 1 Million € weniger Rentenausgaben, allein in Deutschland, bedeutet das.

Das sind jetzt die – unmittelbar nach der Covid-Impfung – leergefegten Altersheime, über die KLa.TV berichtet hat, was sämtliche Mainstream Medien aber geleugnet, und als Hirngespinnste von Schwurblern verleumdete haben! Und auch unsere Staatsanwaltschaften haben alle diesbezüglichen Warnschreie nicht die Bohne interessiert – bis dato noch nicht! Und die Rechnung von Bill Gates, Rockefellers, Klaus Schwab usw., die Menschheit zu dezimieren, ist also ganz offensichtlich am Aufgehen und wird weiter aufgehen, so wir sie nicht endlich als vereintes Volk aufhalten, kontrollieren und entmachten!

Alle folgenden Ereignisse und Zahlen, die ich euch gleich präsentieren werde, decken sich 1:1 mit dieser Entwicklung der Rentenkasse. Hier haben wir es ja im Grunde genommen mit einem unmerklichen Eingeständnis des Schreckens zu tun. Die Berichte der investigativen Journalisten Naomi Wolf und Steven Bannon geben nun diesem Eingeständnis ein Gesicht. Der ebenfalls freie Aufklärer Boris Reitschuster hat deren Berichte in seiner Reportage vom 7. März 2023 unter dem Titel zusammengefasst: «Verbrechen gegen die Menschheit» von «präzedenzlosem Ausmass!».

Die Pfizer-Files

Die Pfizer-Files – der GAU für den Pharma-Riesen! Es handelt sich dabei um hunderttausende Seiten Beweismaterial, die der Pharmariese Pfizer – wider jedes bessere Wissen – vor der Öffentlichkeit verstecken wollte. Als eine professionelle Aufklärer-Bewegung, zu Deutsch genannt «Gesundheitswesen- und medizinisch Berufstätige für Transparenz» von diesem schrägen Vorhaben Wind bekommen hat, hat sie im August 2021 ihr gesetzliches Recht auf Einsicht in diese Dokumente eingefordert. Die FDA, das ist die Lebens- und Arzneimittelbehörde der USA, hatte daraufhin gerichtlich beantragt, dass diese Pfizer-Dokumente für 75 Jahre geheim gehalten werden sollen – eine Zeitspanne also, nach der sowohl alle Hauptverantwortlichen als auch alle gegenwärtigen Kritiker dieses Völkerverbrechens bereits gestorben sein dürften. Doch die benannten Aufklärer konnten diese versuchte Geheimhaltung gerichtlich erfolgreich abschmettern.

Daraufhin hat Naomi Wolf mit ihrem DailyClout-Team ein Projekt gestartet, das zum Ziel hat, die freigelegten Dokumente für die Öffentlichkeit auszuwerten. Sie suchten dazu professionelle Mitwirker und in kürzester Zeit waren etwa 3500 Freiwillige mit an Bord, Hunderte hochkarätige Spezialisten aller Gattung, inklusive Naomis früherem Gegenspieler Steve Bannon. Seit Ende Januar 2023 sind nun bereits die ersten 50 Pfizer-Berichte aus dem Jahr 2022 in Buchform erhältlich: Und um diese geht es mir jetzt.

Zurück aber nochmal zu diesem gerichtlich abgeschmettern Antrag der FDA: Erstaunlicherweise hat die Justiz diesen Antrag der FDA auf 75 Jahre Geheimhaltung abgeschmettert. Wer allerdings daraus abgeleitet hat, dass diese Abschmetterung ein Totalsieg gewesen sei, der irrt. Denn wer gut aufgepasst hat, der hat erkannt, dass der texanische Bezirksrichter Mark Pittman einen wirklich höchst fragwürdigen Gerichtsentcheid gefällt hat. Er hat Pfizer nämlich lediglich in der Art einer «Salamitaktik» verurteilt. Wie denn das? Ganz einfach, indem er Pfizer zuerst einmal nur dazu verdonnert hat, ab sofort 12'000 der verheimlichten

Dokumentseiten herauszurücken. Hernach dann jeden Monat weitere 55'000 Seiten, bis dann schliesslich alle insgesamt 300'000 Seiten dieser verschwiegene Dokumente freigegeben sind.

Damit auch jedes Kind verstehen kann, was hier gerade abgeht, wende ich dieses Gerichtsurteil einmal auf eine Räuberbande an, die irgendwo 300'000 Goldmünzen gestohlen und verbuddelt hat. Nun verurteilt sie der Richter in lautem Ton und befiehlt in aller Strenge: Ihr habt jetzt sofort 12'000 der gestohlenen Goldmünzen aus eurem Versteck zu holen! Jawohl, ihr bösen Jungs! Und dann müsst ihr jeden Monat weitere 55'000 Goldstücke aushändigen, und zwar so viele Monate lang, bis ihr alle 300'000 Goldmünzen herausgerückt habt! – Sind wir doch einmal ehrlich und recht nüchtern: Selbst bei gestohlenen Goldmünzen wäre ein solches Gerichtsurteil doch ein glatter Hohn.

Hier geht es aber um verheimlichte Dokumente, versteht ihr? Und auf jedem einzelnen der 300'000 Blätter sind geheim gehaltene Forschungsergebnisse, die darüber Auskunft geben, wie viele grauenhafte Impfschäden durch die Covid-19-Experimentalfstoffe tatsächlich verursacht wurden. Wie wir sogleich sehen werden, musste Pfizer nämlich schon während der ersten 12 Wochen der Impfstoff-Einführung extra 2400 Vollzeit-Mitarbeiter anheuern, um alle eingegangenen Schadensmeldungen dokumentieren zu können. Denken wir allen Ernstes, Pfizer würde diese richterlich verordnete Schonzeit nicht mit allen Mitteln nutzen, um seine Verbrechen nur umso mehr zu vertuschen? Dieser «salamitaktische» Gerichtsentscheid war doch geradezu eine Einladung zu weiteren Verschleierungsaktionen.

Wäre ja gelacht, wenn Pfizer nicht auf der Stelle weitere Tausende von «Vollzeit-Mitarbeitern» herbeipfeifen würde, um seine Dokumente so umfangreich wie nur möglich zu beschönigen, damit 1. sein Verheimlichungsplan letztlich doch noch aufgeht und 2. das Strafmass, wie gewohnt, gleichsam wieder aus der Trinkgeldkasse zahlbar wird, ja, selbst wenn es wieder Milliarden Strafen zu zahlen gäbe?

Ich darf an dieser Stelle an die Schlagzeilen vom Handelsblatt, dem Spiegel, der NZZ usw. von 2009 erinnern: Pfizer musste schon seinerzeit 2,3 Mrd. Dollar Strafe nur schon wegen unsauberer Marketingpraktiken zahlen. Das war bis dahin die höchste Strafsumme, die jemals ein Pharmakonzern bei solchen Verfahren zahlen musste. Stellt euch doch aber einmal vor, zu was für weit schlimmeren Straftaten solche Gauner sonst noch alles fähig sind, wenn man sie «nur» schon für ihre Marketing-Verbrechen mit 2300 x 1 Million Dollar bestrafen musste. Denn nur ein Jahr später, also am 5.11.2010, hat das «Arznei-Telegramm», das ist ein unabhängiges Informationsportal für Ärzte und Apotheker, ein kleines Big-Pharma-Sündenregister veröffentlicht.

Darin ging es nur gerade um die damals aktuellsten Schwerverbrechen von Big-Pharma mit deren gigantischen Bussen aus den Jahren 2009 und 2010: Wegen unethischer Vermarktungsstrategien oder schlampiger Produktion mussten nämlich fast alle US-Pharmahersteller immer häufiger immer gigantischere Bussen bezahlen. Pfizer hatte letztlich über 1,6 Milliarden Euro hinzublättern, nachdem, nebst seinen illegalen Marketingpraktiken, auch noch krasse Schmiergeldzahlungen ans Licht gekommen waren. Auch Eli Lilly wurde zu gleicher Zeit mit mehr als einer Milliarde Euro gebüsst. Allergan mit 430 Mio. Euro, weil sie den Off-Label-Gebrauch (BOTOX) propagiert hatte.

Bayer zahlte wegen verlogenen, bzw. irreführenden Werbebehauptungen 2,4 Mio. Euro, der Pharmariese GlaxoSmithKline 535 Mio. Euro, weil er in einem seiner bereits geschlossenen Betriebe wiederholt verunreinigte und nicht der Deklaration entsprechende Arzneimittel produziert hatte. Novartis wurde u.a. wegen Off-Label-Vermarktung mit 300 Mio. Euro gebüsst. Muss ich noch weiter aufzählen?

Trotzdem titelten dieselben Medien nur gerade 4 Jahre später, also am 14.1.2014: «Pharmaindustrie: Milliardenstrafen zeigen keine Wirkung». Hieran lässt sich erkennen, aus welchem Holz diese Verbrecher geschnitzt sind.

Zurück nun aber zu Naomi und Steve, die diese «salamitaktische» Verurteilung natürlich nicht übersehen haben. Darum hatten sie auf der Stelle damit angefangen, diese freigelegten Dokumente des Pharmagiganten Pfizer über seine Covid-Impfstoffe mit Hilfe von Tausenden hochrangigen Fachleuten auszuwerten und haben diese Tage bereits ihre ersten Ergebnisse publiziert. Naomi Wolf redete zusammenfassend, von diesen dadurch ans Licht gekommenen Ergebnissen, von einem «Verbrechen gegen die Menschheit».

Denn seit der Einführung des Covid-Impfstoffs hat Pfizer in diesen verheimlichten Studien festgehalten, dass es viele schädliche Effekte und ein Versagen bezüglich der öffentlich zugesicherten Wirkung gibt. Um es einmal pauschal vorweg zu nehmen: Wollte man diese ans Licht gezwungenen 158'893 schädlichen Ereignisse, allein aus den ersten 12 Wochen nach Impfbeginn, nur schon verlesen, dauerte dies über 80 Stunden. Fakt ist, dass Pfizer nicht erwartet hatte, dass es bereits während der ersten 12 Wochen der Impfstoff-Einführung mehr als 158'000 einzelne Berichte über schädliche Ereignisse geben würde.

Pfizer musste darum eine Truppe von 2400 weiteren Vollzeit-Mitarbeitern beauftragen, um diese Fallzahlen bewältigen zu können. Trotz dieser zusätzlichen Mitarbeiter war Pfizer aber nicht in der Lage, bei mehr als 20'000 Personen die Impfschäden abschliessend zu bestimmen.

Schwere Nebenwirkungen aus den Dokumenten

Hier nur gerade ein paar Streiflichter aus 50 Berichten, die bereits auf ein massives Verbrechen gegen die Menschheit hindeuten. Pfizers Daten aus den klinischen Studien, die eine hohe Sicherheit und Wirksamkeit

versprochen, passen keineswegs zu den bei der FDA eingereichten Daten aus der Praxis. Pfizer soll nämlich rapportiert haben, dass schon während den ersten 12 Wochen der Impfstoff-Einführung, nebst 32'760 Impfstoff-Empfängern mit bekannten Schädigungen, bereits über 200 Personen gestorben seien. Allerlei sonstig erschreckende Fakten und Indizien seien bereits in den ersten freigegebenen Dokumenten ans Licht gekommen.

So etwa soll Pfizer frühzeitig gewusst haben, dass die mRNA-Impfstoffe in keiner Weise so funktionierten, wie es ständig propagiert wurde. Es ist ans Licht gekommen, dass sich die Inhaltsstoffe der mRNA-Injektionen, inklusive der Lipid-Nanopartikel (LNP), innerhalb weniger Tage im ganzen Körper verteilen, und sich in der Leber, den Nebennieren, der Milz und den Eierstöcken anreichern.

Es ist ans Licht gekommen, dass Pfizer und die FDA von Anfang an wussten, dass die Injektionen die Herzen von Minderjährigen schädigten, und dass sie dennoch Monate zuwarteten, bis sie die Öffentlichkeit über diese Tragödie informierten.

Es ist ans Licht gekommen, dass schon während der ersten 12 Wochen der Impfstoff-Einführung 61 Menschen an Schlaganfällen verstarben – die Hälfte der Schlaganfall-Nebenwirkungen ereigneten sich innerhalb weniger Tage nach der Injektion – und dass 5 Menschen an Leberschäden starben, wobei wiederum viele andere Leberschäden kurz nach der Injektion auftraten.

Es kamen allerlei neurologische Ereignisse ans Licht, kardiale Ereignisse, Schlaganfälle, Hirnblutungen, sowie Blut-, Lungen- und Beinvenengerinnsel in grossem Ausmass. Es ist ans Licht gekommen, dass Kopf-, Gelenk- und Muskelschmerzen als schädliche Ereignisse weitestgehend verbreitet sind. Dennoch wurden diese von den Behörden nicht warnend als eine sich immer wiederholende Nebenwirkung angegeben.

Dann kamen auch die eindeutig erkennbaren erschütternden Rundum-Angriffe auf die menschliche Fortpflanzungsfähigkeit ans Licht: Mit Schäden bezüglich der Hoden, der Spermienzahl, der Beweglichkeit der Spermien usw.; es gibt Schäden an Eierstöcken, der Plazenta, auch bezüglich der Menstruationszyklen. Es ist ans Licht gekommen, dass im Zusammenhang mit der Impfung über 80 Prozent der Schwangerschaften mit Spontan-Aborten, Abbrüchen oder Fehlgeburten endeten. Es ist weiter ans Licht gekommen, dass 72 Prozent gewisser schädlicher Ereignisse besonders bei Frauen auftraten, und dass 16 Prozent davon «Störungen der Fortpflanzungsfähigkeit» waren, wie Pfizer selbst sagt. Es kam ein Dutzend oder mehr Bezeichnungen für die Zerstörung der Menstruationszyklen von erwachsenen und heranwachsenden Frauen ans Licht.

Es ist auch ans Licht gekommen, dass Pfizer erkannt hat, dass mRNA-Impfstoffe den menschlichen Organismus gefährden können: Etwa über Hautkontakte, Einatmung und sexuellen Kontakte, insbesondere zum Zeitpunkt der Empfängnis.

Die Bewertung dessen, was Pfizer getan hat, ist noch keinesfalls abgeschlossen. Sie steht noch ganz am Anfang. – Dasselbe gilt für die Untersuchung der FDA, die ebenfalls im Besitz all dieser Dokumente war. Viele Spitzenexperten haben zwischenzeitlich ihre Berichte auf der Grundlage von Primärquellen, sprich von Zeugnissen aus erster Hand verfasst. Daher steht schon jetzt fest, dass hier wahrscheinlich gerade ein Verbrechen gegen die Menschheit begangen wurde und noch wird, das in seinem Ausmass unüberschreitbar gross ist.

EMA-Zulassung, Eintritt der Nebenwirkungen

Aus diesem Blickwinkel erhellen sich nun natürlich auch viele krasse Ereignisse und Handlungen anderer hochrangiger Verantwortungsträger der vergangenen zwei Impf-Jahre. Hier ein kurzer Rückblick auf die jüngste Geschichte:

Anfangs 2021 starteten die ersten Covid-Impfkampagnen, mit der Zulassung von der EMA, die die experimentellen mRNA-Giftspritzen als sicher und wirksam anpriesen. Und dies, obgleich unabhängige Untersucher laut aufschrien, dass kein einziges Versuchstier diese Experimentalstoffe überlebt habe. Am Ende des 1. Impf-Jahres, also Anfang 2022, vermeldeten US-Lebensversicherer: 40% mehr Todesfälle im Alter von 18 bis 64 Jahren! Und attestierten: «Das ist die höchste Sterberate in der Geschichte, die wir je erlebt haben.»

Aber schon Mitte Oktober 2021, also keine zehn Monate nach Impf-Beginn, kamen allein in der EU schon weit über zwei Millionen Impfschäden und weit über 25'000 Impf-Tote ans Licht – zahllose der Letzteren mit sofortigem Herzstillstand! Übrigens ein Szenario, das uns über Jahrzehnte hinweg genauso in diversen Kinofilmen und elektronischen Spielen präsentiert wurde. Waren all diese Produzenten zufällig Propheten? In der EU entsprachen diese Impftoten, je nach Land, dem über 30- bis über 80-fachen des langjährigen Durchschnitts aller Verstorbenen, die an allen verabreichten Impfungen insgesamt zu Schaden gekommen sind.

In den USA zählte man ebenfalls schon Mitte Oktober 2021 über 15'000 Tote und etwa 800'000 Impfschädigte, ein Zigfaches des langjährigen Durchschnitts aller bisherigen Schädigungen, die durch alle verabreichten Impfungen insgesamt angerichtet wurden!

Dies sind alles öffentlich einsehbare Zahlen, die freilich allesamt ohne jede Dunkelziffer zu verstehen sind!

Und kennt ihr die offizielle Begründung, warum bisher keine Justiz etwas dagegen unternommen hat? Diese medizinischen Volksschädlinge brauchten im Vorfeld nur laut zu prophezeien, dass ohne ihre Giftspritzen Hunderte Millionen Menschen sterben werden. Und seither werden die paar Millionen Toten und Geschädigten einfach gleichsam als kleiner Kollateral-Schaden gehandelt, so nach dem Motto: Besser ein paar Millionen, als ein paar Hundertmillionen Tote und Geschädigte. Versteht ihr diesen Trick?

Unter solchen Massstäben könnte nun eigentlich auch jede andere terroristische Vereinigung mit ein paar Hundertmillionen Toten drohen, und hinterher auf Unschuld plädieren, wenn sie bloss ein paar Millionen umgebracht haben.

Lösch-Orgien bei EMA

Im Weiteren hat der wachsame Investigativ-Journalist Oliver Signus am 3. April 2023 ans Licht gebracht, dass auch die EMA über 200'000 Berichte zu schädigenden Nebenwirkungen der Corona-Impfung einfach gelöscht hat. Dieser europäischen Arzneimittel-Agentur obliegt aber die Schutz-Verantwortung, um die Gesundheit von Menschen und Tieren zu schützen und zu fördern – allem voran durch die Bewertung und Überwachung von Arzneimitteln innerhalb der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums. Was für eine Tragödie.

Mit Stichtag 20. März 2023 habe diese Behörde demnach 34% der Berichte zu Todesfällen einfach entfernt. Dasselbe gelte für 30% der Kategorie «Lebensbedrohliche Fälle», 23% der Mitteilungen zu andauernden Folgeleiden und 25% der Krankenhausaufenthalte. Bei der Meldung einzelner Krankheiten sei der Anteil innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sogar noch höher. Ein Drittel aller Infarkt-Meldungen seien ebenfalls einfach verschwunden; ebenso fast die Hälfte aller Myokarditis-Meldungen, sprich: Herzmuskel-Entzündungsfälle, 34% aller Todesfälle. Ausserdem verschwanden 33% der Meldungen zu Blutgerinnungsstörungen.

Die unbehelligten Verbrecher

Bei all diesen kaschierten Impfschadensfällen handelt es sich um haargenau jene Impffolgen, vor denen Professor Sucharit Bhakdi und Tausende andere Fachkräfte schon vor Beginn der Covid-Impfkampagne eindringlichst gewarnt hatten. Tausende haben gewarnt davor. Die EMA aber versucht jetzt diese 200'000 verschwundenen Covid-Impfschadensberichte einfach schönzureden. Indem sie behauptet, es habe sich lediglich um doppelt eingereichte Impfschadensmeldungen gehandelt, die gelöscht wurden. Ah ja, tatsächlich? 200'000-mal? Wer glaubt denn so was? ...

Ich persönlich glaube vielmehr folgendes: Würde man all diese «Zwangs-Impfer», samt ihren Komplizen einmal gefangen nehmen und in eine Reihe stellen, um sie unter neutraler Schutzaufsicht mit genau jenen mRNA-Giftstoffen zu impfen, die sie der Welt aufnötigen wollten – wisst ihr, was dann geschehen würde? Sie würden auf der Stelle laut aufschreien und erbärmlich um Gnade winseln. Zumindest jeder unter ihnen, der genau weiss, was hier abgeht und nicht selber einfach blind mitgelaufen ist.

Und jetzt mache ich einmal einen Zeitenvergleich: Bis zum heutigen Tag spricht man in aller Welt noch immer von jenem «historischen» grossen Überfall auf einen Postzug, bei dem 1963 ohne Schiesserei einige Millionen Dollar abgeräumt worden sind. Wir übersehen dabei, dass die Pharmamafia und der betrügerische globale digitale Finanzkomplex solche Beträge seit Jahrzehnten geradezu im Stundentakt für sich abräumen!

Was andererseits alle Welt dann aber wieder gar nicht übersieht und wegen der Medienhetze auch Jahre später noch klar vor Augen hat, ist dann wieder diese arme kleine Kassiererin, die einmal ein paar liegengebliebene Einkaufsmarken im Wert von 1.50 Euro an sich genommen hatte. Wie irre ist das denn?

Auch erinnert sich jeder von uns leichter an alle möglichen Geschichten, wo unsere Justiz kleinste Parksünder bis in die letzte Hinterhof-Ecke geahndet hat. Oder an Geschwindigkeitssünder erinnern wir uns leichter und ihre horrenden Bussen – allem voran in der Schweiz – an ihre Vorstrafen, die darauf folgten und ihr Handicap, daraufhin noch einen Job zu finden, wenn sie einen brauchten und dergleichen.

Die Pharma-Betrüger dagegen, dürfen ihren Job behalten und ihre krummen Geschäfte selbst nach Milliarden-Bussen unbehelligt weiter ausüben. Wo sind wir hingekommen? Wie vielen Impf-kritischen, aber völlig aufrichtigen Ärzten dagegen, oder wie manchem Rechtsanwalt und Wissenschaftlern aller Gattung hat man allein seit Impf-Beginn auf der Stelle die Approbationen entzogen und sofortige Berufsverbote verhängt? Und warum das? Nur, weil sie zu dem entdeckten, realen Covid-Experimental-Verbrechen von Big-Pharma aus Gewissensgründen nicht mehr schweigen konnten! Sie konnten nicht mehr schweigen über das, was andere tun! Ja, nur weil sie einen öffentlichen Diskurs zu diesen schrecklichen Völkerversuchen gefordert hatten und fachmännisch nachweisen wollten, dass es sich hier um nichts Geringeres als um Völkermord handelt. Doch einmal mehr wurden nur solche verurteilt, die diesen Brand gemeldet hatten, nicht aber diejenigen, die den Brand gelegt hatten. Das ist unser Problem dieser Tage.

Ja, Big-Pharma lässt man bis jetzt unbehelligt ihre terroristischen und völkermörderischen Praktiken weiterbetreiben – samt all ihren kriminellen Vollzugsgehilfen aus Politik, Medien und Wirtschaft; samt ihren Komplizen aus Wissenschaft, Justiz, Religion usw. Trotz Tausender Strafanzeigen wegen Völkermordes und

nachweislich massenhaften Todesfällen winden sich die Staatsanwaltschaften aller Länder noch immer um ihre Untersuchungspflicht herum – und lassen so die angezeigten frechen Mörder einfach unbehelligt weitermachen – auch nach Milliarden Bussen noch, nach x-fachen Milliarden Bussen noch.

Nie kam ein Befehl von oben, Big-Pharma einmal in gleicher Weise mit schwer bewaffneten Sonder-Einheiten zu stürmen, wie es immer wieder gegen harmlose Impfkritiker geschehen ist, oder etwa gegen verantwortungsbewusste junge Ärzte, ja, selbst gegen pensionierte Hilferufer, hochrangige Professoren usw. Und man hat nicht nur deren Arbeitsräume und Praxen dabei gründlich auf den Kopf gestellt, man ist selbst in deren Wohnungen eingebrochen und ihre Privatbereiche. Man hat alles auf der Stelle versiegelt und bis ins letzte Detail untersucht. Genau dies aber wäre die Aufgabe der Staatsanwaltschaften gegenüber angezeigten Pharmariesen: Sämtliche ihrer Labors, Büros, Akten und Mittel müssten auf der Stelle beschlagnahmt und so lange versiegelt werden, bis externe, völlig neutrale und unabhängige Untersuchungsausschüsse all deren Machenschaften professionell untersucht und ausgewertet haben. Die alle solange in Handschellen, wie gewohnt.

Wann also endlich begreift die Menschheit, welche Formate an Schwerstverbrechern unsere Justizbehörden in aller Welt beständig verschonen und regelrecht durch die Lappen gehen lassen? Wann endlich erkennen alle, dass wir es mit Big-Pharma eben nicht nur mit einer Hochgrad-Marketing-Verbrechermafia, sondern darüber hinaus vor allem mit einer gottverdammten Mörderbande zu tun haben, die seit Jahrzehnten ganze Völker schädigt, die sich gewissenlos an deren medikamentös befeuerten Krankheiten bereichert und trotz laufender Völkermorde von keiner Justiz wirklich geahndet und in Untersuchungshaft gesteckt wird, wie es nötig wäre? Noch nicht einmal dann, nachdem Tausende hochgradigster Fachleute, Koryphäen aller nötigen Fachgebiete professionell nachgewiesen haben, dass es sich rund um die Covid-Impfungen, sprich Völker-Experimente, genauso um einen terroristischen Anschlag handelt wie etwa bei 9/11?

Wann endlich begreift jeder Mensch, dass genau darum jetzt wir als Volk gefragt sind – und zwar jeder einzelne von uns – weil selbst diese verhängten Milliarden-Bussen an die Pharma nur gleichsam öffentliche Prügeleien zwischen lauter befangenen, ich denke freimaurerisch verfeindeten Konfliktparteien sind? Das Volk muss sich jetzt einschalten. Die belogenen und betrogenen Völker müssen jetzt unnachgiebig vereint darauf bestehen, dass man allem voran diese Sorte Mensch endlich enteignen und aus dem Verkehr ziehen muss. Man muss ihre Krisen-Profit-Gewinne der Pflege und Betreuung all der von ihnen Geschädigten zuwenden. Sie müssen diesen Menschen dienen, nicht mehr selber behalten und sich bereichern.

An die Schweigenden

Ich darf abschliessend darauf hinweisen, dass ich in hinten eingeblendeten Reden «Der Todescountdown läuft» (www.kla.tv/17843) und «Impf-Pest Alarm» (www.kla.tv/18722) nur die Stimme für Tausende – sowohl unterdrückte als auch ängstliche – Fachleute war. Sie alle haben uns rechtzeitig vor genau diesem Supergau gewarnt. Bereits am 27. März 2020 habe ich in meiner Rede «Wozu noch Feinde bei solchen Freunden?» (www.kla.tv/15993) alle vor Angst schweigenden Virologen, Epidemiologen, Fachärzte, Justizbeamte usw. unter Tränen beschworen, selber aufzustehen und uns Laien in unserem stellvertretenden Aufklärungskampf, den wir an ihrer Stelle kämpfen, auf diesem hybriden Schlachtfeld nicht weiter im Stich zu lassen. Ich danke allen, die Ihr diesem Aufruf gefolgt und mit in den Aufklärungskampf eingestiegen seid, auch im Namen aller freien Aufklärer, für eure professionelle Unterstützung. Ohne euch ist für uns Fach-Laien dieser alles entscheidenden Aufklärungskampf völlig aussichtslos. Bitte macht weiter so und ruft all eure Kollegen und euch bekannten Fachkräfte weiterhin zur mutigen Mithilfe auf. Stellt euch hin, vor die Kameras, bezeugt, was ihr wisst. Diese Welt braucht euch und hat ohne euch keine Argumente und keine Stimme! Aber wir sind eure Stimme. Hört euch bitte die eben erwähnten Reden und Aufrufe wieder einmal an, ihr werdet sie heute mit ganz anderen Ohren hören als in jener vernebelten Startphase dieses hybriden Krieges und der ganzen Geschichte. Es ist alles haargenau so eingetroffen, wie es dort gesagt wurde. Auch alles, was Kla.TV seither berichtet hat, ist alles eingetroffen, nichts ist ausgeblieben.

Lasst den ständigen Ruf nach einem offenen Diskurs über all diesen Dingen nie verklingen! Ruft immer wieder nach einem weltweiten Krisen-Profit-Verbot! (www.kla.tv/21653) Verbreitet solche Sendungen, wie diese hier, wo immer ihr nur könnt. Fordert mit uns zusammen die neuen, dringend nötigen, unabhängigen Gerichtshöfe. Die bedrohte und bereits heftig geschädigte Weltgemeinschaft darf keine Ruhe mehr geben, bis dass der ganze Berg dieser Verbrechen am Licht der Öffentlichkeit ist. Durch das bewusste Verschweigen der Massenmedien weiss leider die Mehrheit der Menschheit noch immer nicht, was seit Impf-Beginn wirklich abläuft.

Auch jetzt, wo die ersten Medien anfangen, das aufzudecken, wissen sie es nicht, weil sie nur Einzeltäter fokussieren, um sich aus der Schlinge zu winden. Weil trotz aller Informationssperren und Internet-Zensuren aber allein schon so viele prominente aller Gattung vor laufenden Kameras tot umgefallen sind, und massenhaft weitere Promis, sich unmittelbar nach der Impfung aus ihren Karrieren zurückziehen mussten, darum konnten selbst die verleumderischen Medien es nicht mehr verhindern, dass zumindest das Spitzchen dieses gigantischen Betrugs-Berges vor ihren eigenen Augen sichtbar wurde.

Diese Tragödien haben stattgefunden und im nächsten Film werden sie euch gezeigt. Bleibt bitte, wenn irgend möglich dran und seht mit eigenen Augen, welchen Erdrutsch es seit der Covid-Impfung allein schon unter den Prominenten gegeben hat, angefangen von den Sportlern aller Gattung über allerlei Künstler, bis hin zu Fernsehleuten usw. Auch die anschliessende Dokumentation ist trotz ihrer erschlagenden Beweisfülle wieder nur ein kleiner Abstrich des realen Ausmasses. Ich sage jetzt zusammenfassend:

Wenn die verleumderischen Massenmedien ihre Lügen allein schon deshalb nicht mehr aufrechterhalten können, weil seit den Impfungs-Einführungen derart viele Prominente weggefallen sind, wie unfassbar zahllos viele Opfer wird es darüber hinaus schon in der breiten Bevölkerung gegeben haben, von denen wir keine Ahnung haben, auch wenn jetzt die ersten zugegeben werden.

Ich denke, genau in diesen unseren Tagen wird sich nun definitiv zeigen, ob Jesus Christus wusste, wovon er redet, als er uns garantierte – ich zitiere: «Alles, was jetzt noch verheimlicht ist, wird eines Tages ans Licht kommen, und alles, was jetzt noch geheim gehalten ist, wird jedem offen verständlich gemacht werden.» (Lk. 8,17)

Ich bin Ivo Sasek, der seit 46 Jahren vor Gott steht.

Quellen/Links:

Höhere Sterblichkeit verhilft Rentenversicherung zu Milliardenüberschuss: <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/trotz-krise-milliardenuberschuss-bei-der-rentenversicherung-durch-hoehere-alterssterblichkeit-a-be406574-cb81-4d36-9999-89d6d3e294b5>

Die Pfizer-Files: <https://reitschuster.de/post/verbrechen-gegen-die-menschheit-von-praezedenzlosem-ausmass/>

Pfizer-Berichte in Buchform:

https://www.amazon.de/DailyClout-Documents-Analysis-Volunteers-Reportsebook/dp/B0BSK6LV5D/ref=sr_1_1?__mk_de_DE=%C3%85M%C3%85%C5%BD%C3%95%C3%91&crd=7YP67WJM8C9D&keywords=War+Room+%2F+DailyClout+Pfizer+Documents+Analysis+Volunteers%E2%80%99+Reports+eBook&qid=1677936464&srefix=war+room+%2F+dailyclout+pfizer+documents+analysis+volunteers+reports+ebook%2Caps%2C72&sr=8-1

Pfizer zahlt Milliardenstrafe wegen unsauberer Marketingpraktiken:

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/unlautere-werbung-us-pharmakonzern-pfizer-zahlt-milliardenstrafe-a-646633.html>

Spiegel: Milliardenstrafen zeigen keine Wirkung: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/pharmaindustrie-milliardenstrafen-zeigen-keine-wirkung-a-941188.html>

EMA löscht über 200.000 Berichte zu Nebenwirkungen der Corona-Impfung:

<https://www.epochtimes.de/politik/ausland/ema-loescht-ueber-200-000-berichte-zu-nebenwirkungen-der-coronaimpfung-a4217367.html>

40% mehr Todesfälle im Alter von 18 – 64 Jahren:

<https://volk-und-heimat.info/heimatforum/index.php?page=Thread&threadID=6135>

EMA preist die experimentellen mRNA Giftspritzen als sicher und wirksam an:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2466

Weitere Quellen: – Glaubensnachrichten: Norbert Homuth, Postfach 810408, D-90249 Nürnberg – Ernst Willizack: die Wahrheit über die »Corona Impfstoffe«, 64 Seiten (Heft 3) | Die ganze Wahrheit über die Coronaviren-Fotos, 48 Seiten (Heft 2) | Grosse Expertenbefragung: Wo ist das Corona-Virus? 130 Seiten: J. Rothkranz, Postfach 2627, D-87616 Kempten

Link zum Video und Transkript:

<https://www.kla.tv/Impfschaden/25808&autoplay=true>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/05/04/impftote-schweigen-nicht-pfizers-supergau/>

Washingtons ungeheuerliche Täuschungen über den Russland-Ukraine-Krieg

Ted Galen Carpenter

Alle Regierungen produzieren trügerische Propaganda über Aspekte ihrer Aussenpolitik. Die Regierung von Joe Biden scheint jedoch darauf bedacht zu sein, eine Art Rekord sowohl für die Anzahl der Unwahrheiten als auch für deren Unverfrorenheit aufzustellen. Drei von ihnen stehen in Bezug auf das letztere Merkmal hervor.

Unwahrheit: Die Welt ist sich einig im Widerstand gegen Russland und unterstützt die Ukraine. Diese Behauptung war schon zu Beginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine wenig glaubwürdig und ist im Laufe der Zeit immer mehr ausgefranst worden. Die Behauptung der Regierung stützt sich auf zwei Abstimmungen der UN-Generalversammlung, eine im März 2022 und die andere im Februar 2023. Bei diesen Abstimmungen wurde Russland zwar für seinen Einmarsch in der Ukraine kritisiert, aber das war rein symbolisch, da das die UN-Mitglieder nicht zu irgendwelchen Massnahmen verpflichtete. Dennoch stimmten mehr als 20 Prozent der in der Generalversammlung vertretenen Länder mit Nein oder enthielten sich der Stimme, obwohl sie wussten, dass eine solche Haltung die mächtigen Vereinigten Staaten verärgern würde.

Ausserhalb des NATO-Blocks und der seit langem von Washington abhängigen Sicherheitskräfte in Ostasien gibt es kaum Unterstützung für eine Anti-Russland-Politik, was die eigentliche Politik betrifft. Nicht nur Grossmächte wie Indien und China haben sich geweigert, Sanktionen gegen Moskau zu verhängen, auch die überwältigende Mehrheit der Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika hat diese Haltung beibehalten. Was die finanzielle (geschweige denn militärische) Unterstützung Kiews angeht, so sind die Reihen der Befürworter noch dünner. Im Gegensatz zu den selbstgefälligen Beteuerungen der Biden-Administration ist es in diesen Fragen ein Fall von «der Westen gegen den Rest».

Unwahrheit: Der Russland-Ukraine-Krieg ist Teil eines existenziellen globalen Kampfes zwischen Demokratie und Autoritarismus. Führende Regierungsvertreter und ihre Unterstützer in den westlichen Medien haben dieses Argument bei zahlreichen Gelegenheiten vorgebracht. Es ist aus mehreren Gründen falsch, nicht zuletzt aus der Tatsache, dass die Ukraine nach keinem vernünftigen Massstab eine Demokratie ist. Schon bevor die Regierung von Wolodymyr Selensky nach dem Einmarsch Russlands im Februar 2022 zusätzliche repressive Massnahmen ergriff, erhielt die Ukraine von Transparency International schlechte Noten wegen der weit verbreiteten Korruption und von Freedom House eine mittelmässige Bewertung in Bezug auf die politischen Freiheiten.

Seitdem hat Selensky Oppositionsparteien und Medien verboten, die übrige Presse einer strengen Zensur unterworfen, die russisch-orthodoxe Kirche und andere religiöse Organisationen mit «Verbindungen zu Russland» faktisch verboten und zahlreiche Personen (einschliesslich ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter) unter dem Vorwurf des Hochverrats inhaftiert. Das Regime erstellte sogar eine «schwarze Liste» von in- und ausländischen Kritikern, die es als «Desinformationsterroristen» und «Kriegsverbrecher» beschuldigte.

Es ist absurd, dass die Regierung Biden den Krieg zwischen Russland und der Ukraine als entscheidenden Kampf zwischen Demokratie und Autoritarismus darstellt, obwohl keines der beiden Länder eine Demokratie ist. Der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, kam der Sache weit näher, als er den Konflikt zunächst als banalen «Territorialstreit» bezeichnete, der eine Beteiligung der USA nicht rechtfertige. Leider war es ein Zeichen dafür, wie effektiv die Ukraine-Lobby jeden einschüchtert, der der vorherrschenden pro-kyivischen Darstellung des Krieges widerspricht, dass DeSantis später diese genaue Charakterisierung zurücknahm.

Unwahrheit: Die Vereinigten Staaten sind nicht direkt in den Russland-Ukraine-Krieg verwickelt. Als die russische Invasion begann, versicherten Beamte der Biden-Regierung dem amerikanischen Volk schnell, dass die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten zwar die Verteidigungsanstrengungen Kiews unterstützen würden, es aber keine US-Stiefel auf dem Boden in der Ukraine geben würde. Durchgesickerte Pentagon-Dokumente bestätigten jedoch im April 2023, dass die Vereinigten Staaten und mehrere andere NATO-Länder Dutzende von Spezialkräften in der Ukraine stationiert hatten. In einem sarkastischen Kommentar zu dieser Enthüllung spekulierte ein Witzbold, dass die US-Truppen vielleicht Hausschuhe anstelle von Stiefeln tragen würden.

Auch ohne eine Bodentruppenpräsenz waren die Vereinigten Staaten (zusammen mit anderen NATO-Mitgliedern) stark in den russisch-ukrainischen Konflikt involviert. Der offizielle Status Washingtons als Nicht-Kriegsbeteiligter ist eine Farce. Die NATO hat unter Führung der Vereinigten Staaten einen regelrechten Stellvertreterkrieg gegen Russland geführt. Ausserdem geht das offensichtliche Ziel weit über die Unterstützung der Ukraine bei der Abwehr der russischen Aggression hinaus. Verteidigungsminister Lloyd Austin bestätigte dies freimütig, als er erklärte, Washingtons Ziel sei es, «Russland» so weit zu schwächen, dass es keine Sicherheitsbedrohung mehr für die Ukraine oder eine andere Nation darstellen könne. Die Vereinigten Staaten haben den Internationalen Strafgerichtshof dazu gedrängt, Wladimir Putin wegen Kriegsverbrechen anzuklagen. Regierungsvertreter, darunter Biden, haben angedeutet, dass das eigentliche Ziel der NATO ein Regimewechsel in Moskau ist.

Die westlichen Mächte haben die Ukraine mit immer leistungsfähigeren Waffen beliefert, darunter Raketen mit grösserer Reichweite und schwere Kampfpanzer. Offensichtlich haben die Vereinigten Staaten der Ukraine auch nachrichtendienstliche Informationen über das Schlachtfeld zur Verfügung gestellt, darunter auch Daten über Zielpersonen. Dank dieser Unterstützung konnten die Kiewer Streitkräfte unter anderem ein russisches Truppentransportflugzeug mit Hunderten von Menschen an Bord abschiessen, zahlreiche russische Generäle töten und das Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte versenken. Eine solche Beteiligung macht die Vereinigten Staaten zu einem Kriegsteilnehmer und birgt das Risiko eines unglaublich gefährlichen Zusammenstosses mit einem atomar bewaffneten Russland.

Die amerikanische Bevölkerung sollte nicht befürchten müssen, von ihrer eigenen Regierung getäuscht zu werden. In Bezug auf den Krieg zwischen Russland und der Ukraine haben die Regierung Biden und ihre Verbündeten die Öffentlichkeit jedoch systematisch über mehrere wichtige Fragen getäuscht. Ein solches Verhalten zeugt von völliger auf Verachtung grundlegender demokratischer Normen.

erschienen am 2. Mai 2023> Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_05_02_washingtons.htm

Armut und Krise: Die Menschheit wird ausgesaugt

Colin Todhunter

Nach Angaben der Weltbank stammen fast 80% (560 Millionen) der 700 Millionen Menschen, die im Jahr 2020 aufgrund der COVID-Politik in die extreme Armut getrieben werden, aus Indien. Weltweit stieg das Niveau der extremen Armut im Jahr 2020 um 9,3 Prozent.

Für das Jahr 2022 wurde geschätzt, dass allein in diesem Jahr eine Viertelmilliarde Menschen weltweit in die absolute Armut abrutschen werden.

Im Vereinigten Königreich nimmt die Armut in zwei Dritteln der Gemeinden zu, da Millionen Menschen ohne Heizung sind und Mahlzeiten ausfallen lassen. Aufgrund der «Lebenshaltungskostenkrise» befinden sich 10,5 Millionen Menschen in finanziellen Schwierigkeiten. Weitere 13,7 Millionen Menschen wären bei einem weiteren Kostenanstieg von finanziellen Schwierigkeiten bedroht.

Der Lebensstandard im Vereinigten Königreich sinkt immer weiter. So gaben beispielsweise 28 Prozent (gegenüber 9 Prozent vor COVID) der britischen Erwachsenen an, dass sie sich keine ausgewogenen Mahlzeiten leisten können. Die absolute Armut wird voraussichtlich von 17,2 Prozent im Jahr 2021–22 auf 18,3 Prozent im Jahr 2023–24 ansteigen, was 800'000 Menschen zusätzlich in die Armut treiben wird.

In England haben 100'000 Kinder keinen Anspruch mehr auf kostenlose Schulmahlzeiten.

In den USA befinden sich rund 30 Millionen Menschen mit niedrigem Einkommen am Rande eines «Hungerabgrunds», da ihnen ein Teil der staatlichen Nahrungsmittelhilfe gestrichen wird. Schätzungen zufolge musste im Jahr 2021 eines von acht Kindern in den USA hungern.

Kleine Unternehmen melden in den USA in Rekordzeit Konkurs an. Die Zahl der privaten Konkursanmeldungen im Jahr 2023 hat den Höchststand, der in der Anfangsphase von COVID verzeichnet wurde, deutlich überschritten. Der gleitende Vier-Wochen-Durchschnitt der Privatkonkursanmeldungen lag Ende Februar 2023 um 73 Prozent höher als im Juni 2020.

Unterdessen verzeichneten fast 100 der grössten börsennotierten US-Unternehmen 2021 Gewinnmargen, die um mindestens 50 Prozent über dem Niveau von 2019 lagen.

Der Chefvolkswirt der Bank of England, Huw Pill, sagt, die Menschen sollten «akzeptieren», ärmer zu sein. Ähnlich äusserte sich Rob Kapito, Mitbegründer der weltgrössten Vermögensverwaltungsgesellschaft BlackRock. Im Jahr 2022 sagte er, dass eine «sehr berechnete» Generation von Menschen, die noch nie Opfer bringen mussten, bald zum ersten Mal in ihrem Leben mit Engpässen konfrontiert werden würde.

KRISE – WELCHE KRISE?

Natürlich bezieht sich Kapito zweifellos auf normale US-Bürger und nicht auf sich selbst. Als Präsident von BlackRock verdiente Kapito im Jahr 2021 insgesamt 26'750'780 Dollar.

Er bezieht sich auch nicht auf die vermögenden Privatpersonen, die vom Hunger profitieren, indem sie in BlackRock investieren, ein Unternehmen, das weiterhin von einem globalisierten Nahrungsmittelsystem profitiert, das – absichtlich – etwa eine Milliarde Menschen unterernährt lässt. BlackRock ist einer der reichen «Barbaren im Stall», die weiterhin riesige finanzielle Gewinne aus einem ausbeuterischen Ernährungssystem ziehen.

Kapito und Pill sagen den einfachen Menschen, sie sollen sich an ihre «neue Normalität» gewöhnen, während anderswo «business as usual» herrscht, nicht zuletzt in einem der finanziell lukrativsten Sektoren der Welt – der Waffenproduktion. Der Krieg in der Ukraine war ein «Goldrausch» für westliche Waffenhersteller, da reiche US-Neocons wie Victoria Nuland weiterhin versuchen, einen «Regimewechsel» in Russland herbeizuführen, indem sie Moskau bis zum letzten Ukrainer bekämpfen.

Wenn Huw Pill den einfachen Leuten sagt, sie sollten sich daran gewöhnen, ärmer zu sein, dann meint er damit nicht die Einzelpersonen und Firmen, die Hunderte von Millionen Pfund (mit freundlicher Genehmigung des Steuerzahlers) an korrupten COVID-Ausrüstungsverträgen verdient haben, weil die britische Regierung zu Beginn von COVID politisch verbundenen Lieferanten den Vorzug gab.

Und dies kann nicht als «einmaliger Vorfall» abgetan werden. Diese Enthüllungen sind nur die Spitze eines gewaltigen Korruptions-Eisbergs.

So berichtet die Byline Times, dass ein parteiübergreifender parlamentarischer Überwachungsausschuss Bedenken geäussert hat, dass Entscheidungen über die Vergabe von Geldern aus dem 3,6 Milliarden Pfund schweren Städtefonds, der das Wirtschaftswachstum in angeschlagenen Städten ankurbeln soll, politisch motiviert waren. Ausserdem wurde festgestellt, dass in den letzten fünf Jahren 40 mögliche Verstösse gegen den Ministerialkodex nicht untersucht wurden.

Kein Wunder, dass das Vereinigte Königreich im Januar 2023 im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International auf den niedrigsten Stand aller Zeiten abrutschte.

Bedenken Sie, dass nach Schätzungen der Vereinten Nationen nur 51,5 Milliarden Dollar ausreichen würden, um die 230 Millionen bedürftigsten Menschen der Welt mit Lebensmitteln, Unterkünften und lebens-

rettender Hilfe zu versorgen. Dann bedenken Sie, dass 20 Unternehmen der Getreide-, Düngemittel-, Fleisch- und Molkereibranche in den Geschäftsjahren 2020 und 2021 53,5 Milliarden Dollar an ihre Aktionäre ausgeschüttet haben.

Laut Global Witness sind «Übergewinne» plötzliche und erhebliche Steigerungen der Finanzerträge eines Unternehmens, die nicht auf dessen eigenes Handeln, sondern auf externe Ereignisse zurückzuführen sind. Laut EU gelten Gewinne als «übermässig», wenn sie mehr als 20% über der durchschnittlichen Rendite der vorangegangenen vier Jahre liegen.

Global Witness stellt fest, dass die Jahresgewinne der fünf grössten integrierten Öl- und Gasunternehmen des Privatsektors – Chevron, ExxonMobil, Shell, BP und TotalEnergies – im Jahr 2022 bei 195 Milliarden Dollar lagen. Das ist ein Anstieg von fast 120% gegenüber 2021 und der höchste Wert in der Geschichte der Branche.

Das bedeutet, dass diese Unternehmen 134 Mrd. USD an Überschussgewinnen erwirtschaftet haben, was fast 20% der Gelder abdecken könnte, die alle europäischen Regierungen zusammen für den Schutz gefährdeter Haushalte und Unternehmen vor der aktuellen Energiekrise bereitgestellt haben.

Centrica, das Unternehmen, zu dem British Gas gehört, meldet für 2022 Rekordgewinne. Die Betriebsgewinne beliefen sich auf 3,3 Mrd. Pfund, gegenüber 948 Mio. Pfund im Jahr 2021. Damit wurde der bisher höchste Jahresgewinn von 2,7 Mrd. £ aus dem Jahr 2012 übertroffen.

Im Mai 2021 wurde berichtet, dass COVID-Impfstoffe mindestens neun neue Milliardäre hervorgebracht haben. Nach Recherchen der People's Vaccine Alliance gehörten zu den neuen Milliardären der CEO von Moderna, Stéphane Bancel, und Ugur Sahin, der CEO von BioNTech, das einen Impfstoff mit Pfizer produziert hat. Beide CEOs waren damals rund 4 Milliarden Dollar schwer. Leitende Angestellte des chinesischen Unternehmens CanSino Biologics und frühe Investoren von Moderna sind ebenfalls zu Milliardären geworden.

Obwohl die neun neuen Milliardäre zu diesem Zeitpunkt zusammen 19,3 Milliarden Dollar wert waren, wurden die Impfstoffe grösstenteils mit öffentlichen Geldern finanziert. Einem Bericht von CNN vom Mai 2021 zufolge erhielt BioNTech beispielsweise 325 Millionen Euro von der deutschen Regierung für die Entwicklung des Impfstoffs. Das Unternehmen erzielte in den ersten drei Monaten des Jahres dank seines Anteils am Umsatz mit dem COVID-Impfstoff einen Nettogewinn von 1,1 Mrd. EUR, verglichen mit einem Verlust von 53,4 Mio. EUR im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Es wurde erwartet, dass Moderna im Jahr 2021 mit dem COVID-Impfstoff einen Umsatz von 13,2 Milliarden Dollar erzielen würde. Für die Entwicklung des Impfstoffs erhielt das Unternehmen von der US-Regierung Fördermittel in Milliardenhöhe.

In diesem Artikel wurden vier Pferde der wirtschaftlichen Apokalypse kurz gestreift – Agrarindustrie, Öl, Rüstung und Big Pharma. Aber lassen Sie uns zum Schluss noch das fünfte und mächtigste Pferd erwähnen – das Finanzwesen. Den Sektor, der die Verwüstung, die wir jetzt sehen, ausgelöst hat.

Ende 2019 zeichnete sich eine Finanzkrise ab. Sie war um ein Vielfaches schlimmer als diejenige von 2008. Der Enthüllungsjournalist Michael Byrant schätzt, dass allein in Europa 1,5 Billionen Euro benötigt wurden, um die Krise zu bewältigen. Der Finanzkollaps, der den europäischen Zentralbankern ins Gesicht starrte, spitzte sich 2019 zu:

«Alles Gerede über die Grossfinanz, die die Nation in den Ruin treibt, indem sie öffentliche Gelder plündert, Politiker, die auf Geheiss von Grossinvestoren öffentliche Dienstleistungen zerstören, und die Verwüstungen der Kasinowirtschaft wurden mit COVID gewegewaschen. Raubtiere, die ihre Finanzimperien zusammenbrechen sahen, beschlossen, die Gesellschaft abzuschalten. Um die von ihnen geschaffenen Probleme zu lösen, brauchten sie eine Tarngeschichte. Diese tauchte auf magische Weise in Form eines «neuartigen Virus» auf.»

Die Europäische Zentralbank stimmte einer Bankenrettung in Höhe von 1,31 Billionen Euro zu, gefolgt von der Zustimmung der EU zu einem Rettungsfonds in Höhe von 750 Milliarden Euro für europäische Staaten und Unternehmen. Dieses Paket langfristiger, extrem billiger Kredite für Hunderte von Banken wurde der Öffentlichkeit als notwendiges Programm verkauft, um die Auswirkungen der Pandemie auf Unternehmen und Arbeitnehmer abzufedern.

Was in Europa geschah, war Teil einer Strategie, mit der ein umfassenderer systemischer Zusammenbruch des hegemonialen Finanzsystems verhindert werden sollte. Und was wir jetzt sehen, ist eine globale Schulden-, Inflations- und «Spar»-Krise, die miteinander zusammenhängt, und der grösste Vermögenstransfer an die Reichen in der Geschichte unter dem Deckmantel einer «Lebenshaltungskostenkrise».

Während Millionen von Arbeitnehmern im Vereinigten Königreich streiken, deutet Huw Pill an, dass sie ihre Notlage als unvermeidlich hinnehmen sollten. Doch dazu haben sie keinen Grund.

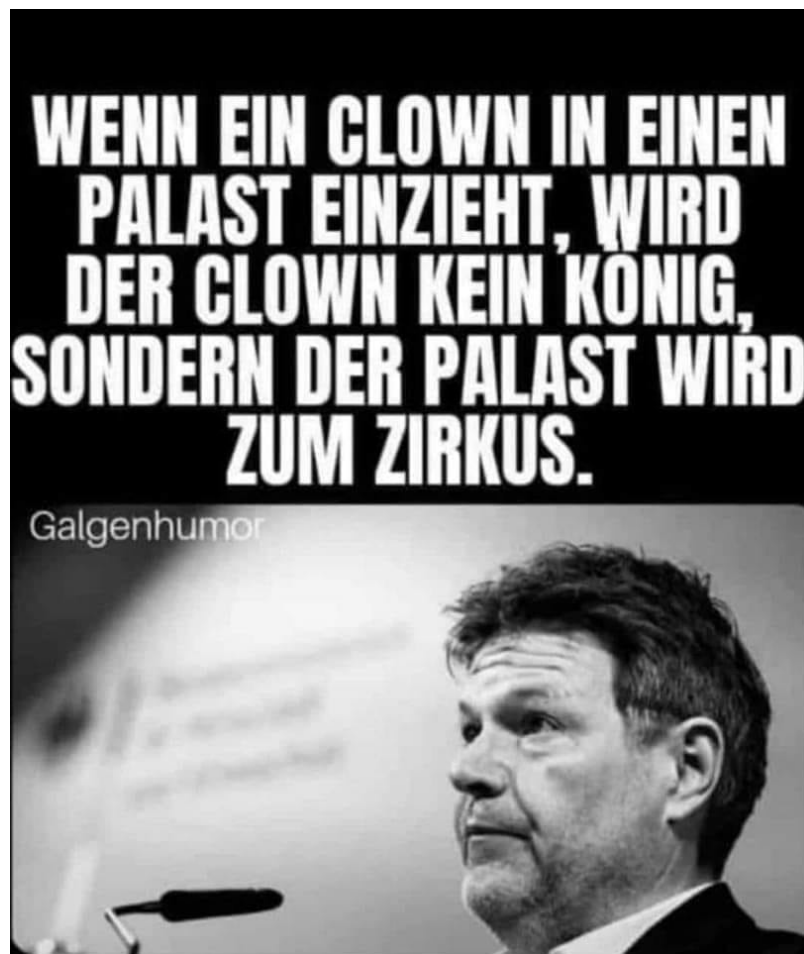
Das Vermögen der Milliardäre der Welt ist zwischen dem 18. März und dem 31. Dezember 2020 um 3,9 Mrd. Dollar gestiegen. Ihr Gesamtvermögen belief sich damals auf 11,95 Mrd. \$, ein Anstieg um 50 Prozent in nur 9,5 Monaten. Zwischen April und Juli 2020, während der ersten Lockdowns, wuchs das Vermögen dieser Milliardäre von 8 Billionen Dollar auf mehr als 10 Billionen Dollar.

Das Einzige, was an der gegenwärtigen Krise unvermeidlich war, war der Zusammenbruch eines schuldengetriebenen, unhaltbaren Neoliberalismus, der eingerichtet worden war, um die regelrechte Ausplünderung

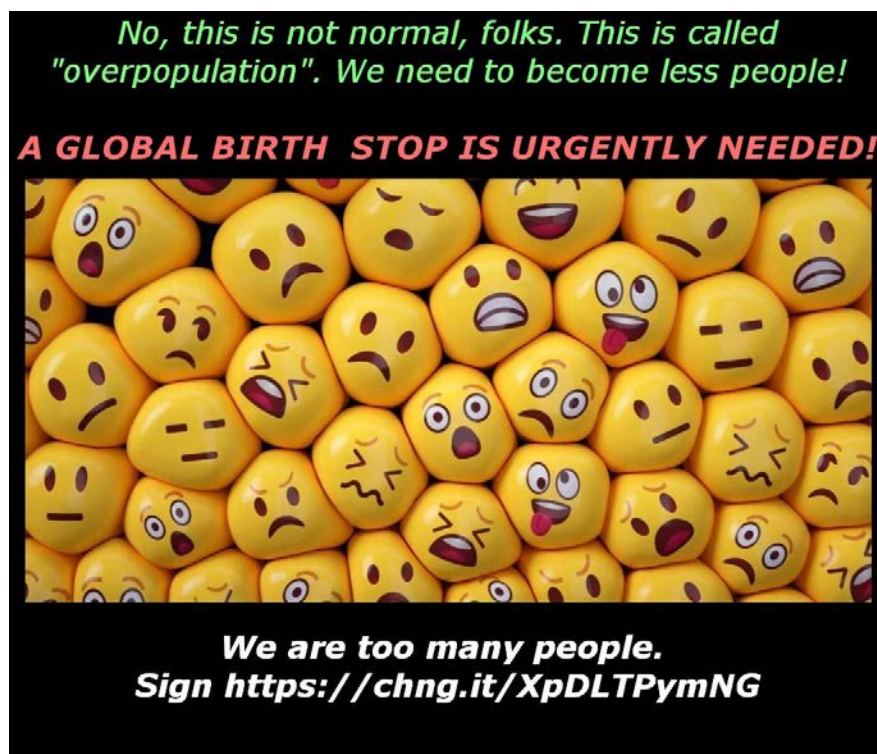
durch die Superreichen zu erleichtern, die mehr als 50 Billionen Dollar auf versteckten Konten deponiert haben.

erschieden am 29. April auf> offGuardian

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_05_01_armutundkrise.ht



Salome Manuel



Achim Wolf

Denke tiefer bis zu den Wurzeln des Übels!

Etwas zum Nachdenken: +++ UMWELTZERSTÖRUNG +++ PANDEMIEN +++ KRIEGE +++ HUNGER +++ UNRUHEN +++ ANARCHIE +++ FLÜCHTLINGE +++ KLIMA-KATASTROPHE +++ MASSENTIERHALTUNG +++ TIERQUÄLEREI +++ MASSENTOURISMUS +++ RASSENHASS +++ SKLAVEREI +++ WOHNUNGSNOT +++ ARBEITSLOSIGKEIT usw. +++ GEMEINSAME URSACHE +++

Die Grund-Ursache für alle Umweltprobleme inklusive der Klimakatastrophe ist meiner Ansicht nach die globale Überbevölkerung des Menschen, der immer mehr Natur zurückdrängt und zerstört. Jede Umweltschutzmassnahme ist daher immer nur kurzfristig wirksam, weil pro Jahr rund 100 Millionen Menschen dazukommen, die wiederum Ressourcen verbrauchen, den CO₂-Ausstoss vergrössern und den menschlichen «Fussabdruck» deutlich erhöhen. Auch die vielen Menschen der Länder, die einen kleinen «Fussabdruck» haben, werden höhere Ansprüche entwickeln und ihren CO₂-Ausstoss erhöhen und am Ende genauso viel Ressourcen verbrauchen, wie die Menschen in Europa und den USA. Daher hilft nachhaltig nur ein weltweiter, humaner, aber konsequenter Geburtenstopp mit anschliessenden Geburtenregelungen für alle Menschen weltweit, um alle Umweltprobleme an der Wurzel zu packen.

Bitte UNTERSCHREIBEN und UNTERSTÜTZEN: <https://tinyurl.com/tc3cv8tt>

Think deeper to the roots of the evil!

Something to think about: +++ ENVIRONMENTAL DESTRUCTION +++ PANDEMICS +++ WARS +++ HUNGER +++ RIOTS +++ ANARCHY +++ REFUGEES +++ CLIMATE CATASTROPHE +++ FACTORY FARMING +++ ANIMAL CRUELTY +++ MASS TOURISM +++ RACIAL HATRED +++ SLAVERY +++ HOUSING SHORTAGES +++ UNEMPLOYMENT etc. +++ COMMON CAUSE +++

In my opinion, the basic cause for all environmental problems including the climate catastrophe is the global overpopulation of humans, who are pushing back and destroying nature. Every environmental protection measure is therefore only effective in the short term, because around 100 million people are added each year, who in turn consume resources, increase CO₂ emissions and significantly increase the human "footprint". The many people in countries that have a small "footprint" will also develop higher standards and increase their CO₂ emissions, and in the end they will consume just as many resources as the people in Europe and the USA. Therefore, only a worldwide, humane, but consistent birth stop with subsequent birth regulations for all people worldwide can help in the long term in order to tackle all environmental problems at the root.

Please SIGN and SUPPORT: <https://tinyurl.com/tc3cv8tt>



OVERPOPULATION is like toothache for the earth.
A tooth that is sick at the root will not heal if only
the pain is treated.

ÜBERBEVÖLKERUNG ist wie Zahnweh für die Erde.
Ein Zahn, der an der Wurzel krank ist, heilt nicht,
wenn man nur die Schmerzen behandelt.

Wurzeln aller Dinge

Um das Dasein und das Leben aller
Lebewesen in richtigem Mass zu verstehen,
zu ehren und zu würdigen, muss der Mensch
erkennen, wissen und mitfühlend mit allem
Lebendigen mitleben sowie die Wurzeln alles
Existenten schützen, sei es ein Tier, Getier,
Insekt oder seien es Pflanzen usw., denn er
ist mit ihnen allen verbunden; und wie er,
haben auch alle Lebewesen eine ureigene
Lebendigkeit und fühlen auch Leid und
Schmerz, wenn ihnen physischer oder
psychischer Schaden, Marter, Qual
oder Bedrängnis zugefügt wird,
weshalb es gilt: Mensch, füge
keinerlei Leben Qualen zu,
denn es fühlt genau wie
du Qual und Schmerz,
schreit und weint.

SSSC, 3.2.1981

00.17 h, Billy

Mainstream-Medien geben zu: Britten sterben zu Zehntausenden – und wir wissen nicht, warum.

uncut-news.ch, Mai 15, 2023



Von Mai bis Dezember 2022 starben Zehntausende Briten mehr als üblich, wobei Covid als Todesursache ausgeschlossen wurde. Das wirft ernste Fragen auf, warum so viele starben? Zehntausende Briten starben mehr als erwartet, und Experten sind sich nicht ganz sicher, warum das so ist.

Von Mai bis Dezember letzten Jahres gab es in England und Wales 32'441 überzählige Todesfälle, wobei Todesfälle aufgrund von Covid nicht berücksichtigt sind.

Die Zahl der überzähligen Todesfälle ist definiert als die Zahl der Menschen, die über dem Fünfjahresdurchschnitt gestorben sind, wobei das Jahr 2020 nicht berücksichtigt wurde, da in diesem Jahr die Zahl der Todesfälle durch Covid besonders hoch war. Das bedeutet, dass mehr als 32'000 Briten in diesem Zeitraum laut den Zahlen des Office for National Statistics (ONS) eigentlich noch am Leben sein müssten, aber gestorben sind. Diese schockierenden Zahlen werfen eine Reihe wichtiger Fragen darüber auf, was mit der Bevölkerung des Landes geschieht, wie sie sich verändert und warum so viele Menschen sterben.

Seit der Covid-Pandemie schwankt die Zahl der überzähligen Todesfälle von Monat zu Monat stark und liegt entweder deutlich unter dem Fünfjahresdurchschnitt oder weit darüber. Die Spitzen bei den überzähligen Todesfällen können auf eine Reihe von Ursachen zurückgeführt werden, aber es ist nicht klar, was diese Spitzen verursacht oder diese Rückgänge auslöst.

Auch zu Beginn des Jahres 2022 lag die Zahl der überzähligen Todesfälle deutlich unter dem Durchschnittswert, und eine Expertengruppe spekulierte gegenüber dem Mirror, dass ein «Mortalitätsverschiebungseffekt» erklären könnte, warum sich so viele Todesfälle innerhalb mehrerer Monate häufen und von den Vormonaten übernommen werden.

Professor David Coleman, emeritierter Professor für Demografie an der Universität Oxford, sagte dem Mirror, dass niemand mit Sicherheit wisse, was die Ursache für die vielen Todesfälle im vergangenen Jahr gewesen sei. Er wies darauf hin, dass sich die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs nach Covid durch den Tod eines erheblichen Anteils älterer Menschen aufgrund des Virus verändert habe.

Er erklärte: «Wenn diese armen Menschen erst einmal weg sind, sollte die verbleibende Bevölkerung gesünder sein, und es sollte einen Zeitraum geben, in dem die Todesfälle niedriger sind als sonst, aber das ist nicht geschehen.»

Er wies jedoch auf zwei Hauptgründe hin, die zu einer erhöhten Sterblichkeitsrate beitragen könnten: Die Tatsache, dass die Briten älter werden und einen höheren durchschnittlichen Body-Mass-Index haben. «Die Bevölkerung wird älter, und ausserdem ist die britische Bevölkerung die fetteste in Europa und ziemlich anfällig für Krankheiten, vor allem für Herzkrankheiten und Diabetes; einige Leute haben unabhängig von Covid prognostiziert, dass die Sterberaten weiter steigen werden, weil das Land so ungesund ist», sagte er. Eine der festgestellten Ursachen für eine Reihe von Todesfällen sind ischämische Herzkrankheiten – was sich mit den Warnungen des Professors vor einer fetteren Bevölkerung deckt.

Ähnlich verhält es sich mit der häufigsten Todesursache im Jahr 2022: Demenz und Alzheimer – ein weiterer Beleg für die Theorie einer zunehmend ergrauten und sterbenden Bevölkerung. Demenz und Alzheimer sind oft nicht die Hauptursache für überzählige Todesfälle. Wenn diese Daten verfügbar sind, handelt es sich laut ONS-Zahlen oft um Lungenentzündung und Grippe im Winter oder um Symptome, Anzeichen und schlecht definierte Erkrankungen in anderen Teilen des Jahres.

«Wenn man sich die Details und die Gründe auf den Totenscheinen anschaut, ist das etwas unbefriedigend, da Symptome, Anzeichen und unklare Krankheiten eine der grössten Komponenten dieser übermässigen Todesfälle sind, und das ist wirklich etwas, das mit dem Alter zusammenhängt», sagte Professor Coleman dem Mirror. Dies wirft ein weiteres Problem auf: Viele Briten sterben, aber nicht unbedingt an einer bestimmten Ursache.

Eine stark alternde Bevölkerung mag zwar ein weiteres Problem darstellen, erklärt aber nicht, warum von Mai bis Dezember letzten Jahres über 30'000 Menschen mehr als üblich starben. Im März und Februar dieses Jahres waren Symptome, Anzeichen und Unklarheiten die Hauptursache für die überzähligen Todesfälle, davor, im Januar, waren es Grippe und Lungenentzündung. Und im Laufe des Jahres tauchen andere Ursachen dramatisch als Hauptursache für überzählige Todesfälle auf.

Vor allem die Hitze kehrt im Sommer immer wieder zurück und wird angesichts des Klimawandels auch weiterhin eine tödliche Gefahr darstellen. An den heissesten Tagen des Landes steigt die Zahl der überzähligen Sterbefälle unweigerlich an, da Tausende ihr zum Opfer fallen.

Wie bereits erwähnt, werden die überzähligen Todesfälle anhand des Fünfjahresdurchschnitts der Todesfälle gemessen – von 2016 bis 2019 und bis 2021. Dies wurde jedoch kritisiert, weil dabei die Veränderungen in der Bevölkerung in Bezug auf Alter, Grösse und andere Faktoren in diesem Zeitraum nicht berücksichtigt werden. Kurz gesagt, die Bevölkerung im Jahr 2016 ist eine andere als die im Jahr 2023, und Professor Kevin McConway, emeritierter Professor für angewandte Statistik an der Open University, ist einer von vielen, die darauf hingewiesen haben.

Die Verwendung der altersstandardisierten Sterblichkeitsrate (ASMR) trägt diesen Veränderungen Rechnung und erklärt vielleicht auch die grosse Zahl der Todesfälle. Sie gibt den Prozentsatz an, mit dem ein bestimmter Zeitraum über oder unter dem Fünfjahresdurchschnitt liegt. Für Dezember 2022 liegt die Zahl der überzähligen Todesfälle mit 5900 um 13,5 Prozent über dem Fünfjahresdurchschnitt.

Die ASMR liegt jedoch nur 5,8% über dem Fünfjahresdurchschnitt. Dies erklärt, dass einige der Zehntausenden von Todesfällen vielleicht eher hätten erwartet werden sollen, aber es erklärt immer noch nicht ganz, warum sie überhaupt passiert sind. Betrachtet man das Jahr 2022, so ergibt die ASMR in der Regel einen niedrigeren Prozentsatz als der Prozentsatz der reinen Überschreitungen, aber nicht genug, um die Todesfälle zu eliminieren oder sie vollständig zu erklären. Die ASMR hat jedoch ihre eigenen Probleme, wie Professor McConway hervorhob. Er sagte: «Um die ASMR zu berechnen, muss man die Bevölkerungsgrösse in jeder Altersgruppe kennen. ONS konnte (noch) keine Schätzungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung von 2021 verwenden, da diese für die relevanten Daten noch nicht verfügbar sind, und hat daher Projektionen auf der Grundlage von Bevölkerungsschätzungen von 2018 verwendet. Diese berücksichtigen derzeit keine grösseren Auswirkungen, wie die Covid-Pandemie, die sich auf die Bevölkerungsgrösse und die Altersstruktur ausgewirkt hätten.» Damit bleiben immer noch Zehntausende von toten Briten übrig, für die es keine klare Erklärung gibt, wie sie gestorben sind.

QUELLE: 'BRITS ARE DYING IN THEIR TENS OF THOUSANDS - AND WE DON'T REALLY HAVE ANY IDEA WHY'

Quelle: <https://uncutnews.ch/mainstream-medien-geben-zu-briten-sterben-zu-zehntausenden-und-wir-wissen-nicht-warum/>

Luftwaffe stellt Staatsflieger für Ukraine/Selensky

14. Mai 2023 WiKa Hintergrund, Krieg 10

Luftwaffe stellt Staatsflieger für Ukraine/Selensky Kiview: In der Not frisst der Teufel schon mal Fliegen ... auch beim Fliegen. Zwar reichen die Mittel eines Wolodymyr Selensky für Villen und andere Anlagegüter, aber wenn es um klimaschädliche Staatsbesuche mit dem Flieger geht, vertraut man selbst in der Ukraine lieber auf die Kompetenz der deutschen Flugbereitschaft. Die Ukraine hat für derlei «nicht letale Zwecke» derzeit keine Mittel mehr übrig oder fürchtet entsprechendes Gerät beim Einsatz sogleich durch die Russen vom Himmel geholt zu bekommen.

Herzlich willkommen in Deutschland! Es ist uns eine grosse Ehre, den Präsidenten der 🇺🇦 im deutschen Luftraum zu begrüßen! Ein A319 der Flugbereitschaft hatte @ZelenskyyUa am Samstagabend in Rom abgeholt. 2 Eurofighter starteten vom Fliegerhorst Lechfeld und eskortierten ihn sicher...
<https://t.co/j07L5Ghyoy> [pic.twitter.com/wDaT3Tq1C6](https://t.co/wDaT3Tq1C6)— Team Luftwaffe (@Team_Luftwaffe) May 14, 2023



Luftwaffe vorn dabei

Die deutsche Flugbereitschaft hilft gerne aus. Wie man aus dem rechts abgebildeten Gezwitscher unschwer ersehen kann, ist die deutsche Luftwaffe überaus stolz auf ihre Dienste für die Ukraine und sei es nur der Transport ihres Präsidenten. Vielleicht schwingt doch ein wenig Stolz bei den deutschen Luft-Kriegern mit und die leise Hoffnung vielleicht doch noch erfolgreich an die Ereignisse der vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts anknüpfen zu können.

Annalena Baerbock sprach ja bereits vom beabsichtigten Ruin Russlands als Ziel ihrer friedensfördernden und feministischen Aussenpolitik. Eine «Appeasement-Politik» übrigens die sich mit den deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine nahtlos fortsetzt.

Wie dem auch sei, im Krieg gegen Russland ist Deutschland selbstverständlich nicht nur ein williger Helfer, sondern mit seinen bewährten und begehrten Kriegsgütern an vorderster Front mit von der Partie. Das hilft unserer Rüstungsindustrie und den alten Idealen. Man könnte auch sagen, dass es sich bei dieser laufenden Kriegsveranstaltung um die Wiederbelebung eines «ewigen Klassikers» handelt. Ging in den letzten Jahrzehnten Frieden allzeit nur ohne Waffen (deutsche, pazifistische Nachkriegsweisheit), hat sich dieses Narrativ binnen kürzester Zeit komplett gedreht. Jetzt geht Frieden nur noch mit schwerstem Totmachgerät ... da macht selbst Russland keine Ausnahme.

Bei der Eskalation dieses Konflikts scheint zugunsten der weltweiten Rüstungsindustrie absolute Einigkeit zu herrschen. Die Menschen sind dabei, wie in jedem anständigen Krieg, nur das unvermeidliche Verbrauchsmaterial. Und damit die Ukraine nach aussen hin noch ein wenig mobil erscheint, wird die Flugbereitschaft der Bundeswehr bestimmt auch weiterhin für den «Karlspreisträger» Selensky (Preis für gerechte Kriege) das Flugtaxi quer durch Europa mimen. Die gemeinsamen Interessen sind einfach nicht zu übersehen.

Quelle: <https://qpress.de/2023/05/14/luftwaffe-staatsflieger-fuer-ukraineselensky/>

Absperrungen, Festnahmen, Schikanen: Wie Deutschland das Gedenken an Sieg über Nazis kriminalisiert

14 Mai 2023 20:53 Uhr

Jedes Jahr wird die Luft für die Menschen, welche die Heldentaten der Befreier vom Hitler-Nazismus gebührend würdigen wollen, in Europa dünner. Auch in Deutschland, das immer mehr der Ukraine und dem Baltikum ähnelt. In diesen Staaten gilt das Feiern des Sieges als Verbrechen.

Von Wladislaw Sankin

Ich muss ehrlich gestehen, dass ich lange um den richtigen Titel für meinen Artikel «Ukraine und Tag des Sieges: Berlin will das Gedenken an die wahren Befreier vom Nazismus canceln» gerungen habe. Ursprünglich hiess es «vernichten» statt «canceln». Am Ende wollte ich mich doch nicht so kategorisch festlegen, denn das Berliner Gericht hat das Verbot russischer Symbole am Tag der Befreiung teilweise aufgehoben.

Dann setzte die Berliner Polizei doch das strikte Verbot russischer und sowjetischer Symbole an Feiertagen durch und setzte es konsequent um. Da ich am 9. Mai selbst mehrere Stunden im Treptower Park verbracht und mit vielen Besuchern und Aktivisten dort gesprochen habe, komme ich nun zu dem Schluss, dass die erste Variante der Schlagzeile doch die richtige war. Die Berliner Behörden zielen auf die komplette Abschaffung der öffentlichen Ehrung der Sieger ab.

Das geht natürlich nicht von heute auf morgen. Die Strategie ist langfristig angelegt und orientiert sich vor allem an den Erfahrungen Lettlands und der Ukraine – von Ländern, die es innerhalb eines knappen Jahrzehnts geschafft haben, alle Anzeichen des Stolzes auf die Sieger im Krieg gegen den Nazismus aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Dafür setzten sie auf Staatsgewalt und deren handzahme Justiz, Verleumdungskampagnen und Strassenhetze.

Hunderte Denkmäler wurden bereits abgerissen, tausende Strassen- und Ortsnamen umbenannt. Zwar ist das Niederreißen der sowjetischen Denkmäler in Deutschland (noch) schwer denkbar. Aber dass Deutschland auf gutem Weg ist, ein mit Russophobie infiziertes mittelosteuropäisches Grenzland zu werden – wie unser Autor Rainer Rupp in einer Analyse trefflich feststellte –, daran gibt es nun keine Zweifel.

Die Russophobie stammt von den Eliten, muss an dieser Stelle angemerkt werden. Denn jeder, der das Ehrenmal-Ensemble im Treptower Park am 9. Mai aufsucht, weiss, wie intensiv dort die deutsch-russische Freundschaft gelebt wird. Nicht nur Russen, Ukrainer, Weissrussen, Kasachen, Moldawier und Vertreter anderer Republiken der ehemaligen Siegermacht UdSSR zieht es hierher. Tausende Deutsche aus Berlin und Umland sowie Gäste der Stadt besuchen traditionell diesen Ort, um den gefallenen Soldaten die Ehre zu erweisen und russisch-sowjetischen Liedern zu lauschen. Oder mit ihrem Besuch auch ein politisches Statement gegen die Wiedergeburt des Faschismus, Militarismus und NATO-Expansionismus zu setzen.

Dabei zählen der Treptower Park und das Sowjetische Ehrenmal im Berliner Tiergarten zweifellos zu den wichtigsten Gedenkortern weltweit, die an den Sieg über den Nazismus erinnern. Die ganze Gedenkanlage im Treptower Park ist ein architektonisches Meisterwerk, das Ehrfurcht einflösst und zum Verweilen einlädt. Beim Ehrenmal im Tiergarten, das in unmittelbarer Sichtweite der Reichskanzlei des Hitler-Regimes gebaut wurde, zählt vor allem dessen Lage. Stolz auf die Sieger, Trauer um deren Opfer und Dankbarkeit für ihre Leistung für die Nachwelt – das sind die Gefühle, die hier bei jedem gutwilligen Besucher erzeugt werden. Diese Gefühle werden gestört, wenn dazugehörige Symbolik nicht gezeigt werden darf. Was macht ein Fest zu einem Fest? Dessen Symbole. Zu Weihnachten gehören die Strassenausschmückung, der Tannenbaum und die Weihnachtsmusik. Zum Valentinstag gehört ein Herzchen. Zu den Feiertagen mit einem historischen, militärischen oder politischen Hintergrund gehören vor allem Fahnen und Lieder. Auch historische Uniformen, ganz klar. Das sind Zeichen, ohne sie funktioniert das Feiern auf semantischer Ebene nicht. Es findet auch keine festliche Kommunikation zwischen den Feiernden statt, wenn Festsymbolik bei einem Fest nicht gezeigt werden darf.

Erst recht gilt das für das Feiern des Siegestages. Das Verbot aller Symbole der Siegermacht UdSSR und Russlands als deren rechtlicher Nachfolger, darunter die berühmte Truppenfahne der 150. Schützendivision, das Sankt-Georgs-Band sowie das Abspielen und Singen des unverzichtbaren Gänsehaut-Liedes «Heiliger Krieg», beraubt die Feierlichkeit komplett ihres Sinnes.

Ausserdem rückt diese Restriktion das traditionelle Feiern in die Nähe eines Kriminaldeliktes und schreckt von vornherein sehr viele potentielle Feiernde von der Teilnahme ab. Vor allem zahlreiche ältere DDR-Bürger, denen der Besuch dieser Gedenkstätte am Herzen liegt, sind davon betroffen. Hinzu kommt auch das De-facto-Einreiseverbot für Besucher aus Russland und Weissrussland. Das schmälert jetzt schon den Besucherstrom im Treptower Park ganz deutlich.

Das rechtfertigende Argument, man dürfe doch die Blumen an die Denkmäler niederlegen, ist fadenscheinig. Nach dem sogenannten Blumenkrieg in Riga, der Hauptstadt Lettlands, wird dort nun auch das Niederlegen der Blumen an den Orten der abgerissenen Denkmäler mit Polizeigewalt verhindert. Dass sich Deutschland beim Verhindern des Siegestages an den Erfahrungen des Baltikums orientiert, zeigt das Vorgehen der Berliner Polizei an den beiden Mahnmälen im Treptower Park und im Tiergarten.

Jeder Besucher musste sich beim Betreten des Geländes des Treptower Ensembles einer erniedrigenden Polizeikontrolle unterziehen. Unerlaubte Symbole – vor allem Flaggen und Georgsbänder – wurden Menschen abgenommen, zu Protokoll gegeben und aufbewahrt. Frauen mussten sich ausziehen, wenn ihre Kleidung etwa die Farben der russischen Flagge aufwies. Das Gleiche galt für T-Shirts mit Symbolen der Friedensbewegung und Zeichen deutsch-russischer Freundschaft. Es kam zu verbalen Auseinandersetzungen und Streit. Dennoch gelang einigen Besuchern das Hereinschmuggeln und sie liessen sich damit im Park vergnügt fotografieren, solange die Polizei nicht in der Nähe war.

Und die Polizei lauerte. Die Ordnungshüter schritten sofort ein, wenn sie solche «Zu widerhandlungen» sahen. Ich bin in den Besitz mehrerer Videos gelangt, die das Einschreiten der Polizei dokumentieren, darunter

das Aufreihen mehrerer «Täter» mit Gesicht zur Wand und Verfolgungsjagd mit anschliessender Festnahme. Auch das Abspielen des berühmten Liedes «Katjuscha» wurde einem Besucher mit dem Verweis auf dessen militärischen Hintergrund untersagt. Die Menschen sangen trotzdem. Es wurde schliesslich der Polizei überlassen, inwieweit dieses Singen «aggressive Handlung» war, die «Gefahr für öffentliche Ordnung» darstellte.

Ein besonders drastischer Fall wurde mir von einer Augenzeugin geschildert. Ein junger Mann breitete die russische Flagge an der Treppe zum Hauptdenkmal des Parks aus. Nach polizeilicher Verwarnung ergriff er die Flucht und wurde erst in einer Seitenallee im vorderen Teil des Parks eingeholt und zu Boden gedrückt. Mehr als ein Dutzend Polizisten umzingelten ihn, legten Handschellen an und brachten ihn weg. Andere Besucher protestierten und lobten den «Täter» für seinen Mut. Anschliessend beglückwünschten sie ihn zum Tag des Sieges.

Schikanen gab es auch am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten. An der kurzen Strecke zwischen Brandenburger Tor und dem Denkmal fand der traditionelle Marsch «Unsterbliches Regiment» statt. Der Bereich vor dem Denkmal wurde jedoch mit Polizeibarrieren abgeriegelt. Zunächst hinderten Polizisten die Feiernden am Zugang zum Denkmal. Circa eine halbe Stunde lang mussten sie ausharren, bevor die Ersten hineingelassen wurden, um die mitgebrachten Blumen für die Gefallenen niederzulegen und Erinnerungsfotos zu machen.

Die Menge wurde unruhig, sie war zwischen Polizisten und Barrieren eingeeengt. Dann wurden alle fünf Minuten je 30 bis 40 Personen einzeln hineingelassen, sodass es vor dem Denkmal recht leer und im Unterschied zum Vorjahr «nicht festlich» aussah. Das Prozedere dauerte noch fast eine Stunde – kein Wunder, dass die anfängliche feierliche Stimmung bei vielen Besuchern am Ende verflogen war. Die Menschen fragten, warum sie schikaniert würden.

Streng geregelt war auch der Besuch der Motorradfahrer der internationalen Biker-Gruppe «Nachtwölfe» an den beiden Ehrenmalen. Es kamen insgesamt bis zu 140 Biker in die Hauptstadt: Aus ganz Deutschland und anderen EU-Ländern, wie Polen, Tschechien oder Montenegro. Die Biker wurden schon bei der Einfahrt nach Berlin in Gruppen à zehn Personen aufgeteilt und bei der Blumenniederlegung von einem umfangreichen Polizeikonvoi begleitet. Aber auch dieser Besuch stand auf der Kippe: Vor dem Eingang zum Treptower Park wurde von den Bikern verlangt, ihre Lederwesten – ihre «zweite Haut» – auszuziehen. Nach langen Verhandlungen durften sie aber doch hinein.

Welchen Sinn verfolgen Behörden mit solchen Massnahmen? Die Erfahrung aus der Ukraine und dem Baltikum zeigt: Solange es auf gesetzlicher Ebene keine Möglichkeit gibt, den Menschen das Feiern des Siegestages zu verbieten, wird mit derart eindringlicher Polizeiüberwachung versucht, ihnen zumindest die Lust an der aktiven Teilnahme am Fest und am Besuch der Gedenkstätten zu vertreiben.

So war es am Tag des Sieges in der Ukraine in allen Folgejahren des Maidans. Bezeichnend sind auch die äusserst strengen polizeilichen Durchlasskontrollen und die Abriegelung beim Gedenken an die Opfer des Massakers im und um das Gewerkschaftshaus in Odessa – jenem Ort, wo am 2. Mai 2014 mindestens 42 Menschen infolge einer nazistischen Menschenjagd den Tod fanden. Der Fall ist bis heute nicht aufgeklärt. Am Ende aller Schikanen stand die komplette Abschaffung des Tages des Sieges. Nun ist der 9. Mai «Tag Europas». Es trauen sich in der Ukraine nur wenige Menschen, an den Erinnerungsorten einfach mit Blumen zu erscheinen. Da sowieso schon viele Denkmäler abgerissen sind, herrscht an diesem Tag in Kiew und anderen Städten eine bedrückende Atmosphäre.

Ein ähnlicher «Städte-Dialog» findet auch zwischen Berlin und Riga statt. Das langsame Durchlassen einzelner Menschen zur Blumenniederlegung in Riga am Tag des Sieges im letzten Jahr war auch eine «Erfindung» der Rigaer Polizei. Schliesslich legten Besucher ein regelrechtes Blumenmeer vor dem Denkmal aus. Nach der nächtlichen Räumung der Blumen mit Baggern brachten die Rigaer noch mehr Blumen zum Denkmal. Und wieder wurden sie durch die städtische Müllabfuhr entfernt. Mittlerweile wurde auch das Denkmal an die Befreier als Zeichen angeblicher sowjetischer Okkupation abgerissen. Spektakuläre Bilder der Denkmal-Zerstörung gingen um die Welt.

In diesem Jahr waren jegliche Massensammlungen in Lettland gänzlich verboten. Auch das Niederlegen der Blumen an den Orten abgerissener Denkmäler wertete die Polizei als Angriff auf «Lettlands demokratische Werte und falsche Interpretation historischer Ereignisse» und wurde untersagt. Diese Formulierung meint es todernst: Falsche Gedanken sind strafbar! Insgesamt nahm die Polizei 30 Personen fest und eröffnete 97 administrative und vier Strafverfahren.

Deutschland kann natürlich nicht alles vom baltischen Apartheid-Regime, wo eine grosse russische Minderheit unterdrückt wird, und vom diktatorischen neofaschistischen Selensky-Regime kopieren. Im Vergleich zu ihnen ist Deutschland noch eine Oase der Freiheit. Aber wenn man die heutigen Einschränkungen rund um die Feierlichkeiten mit denen der Vorjahre vergleicht, ist die Marschrichtung von Freiheit hin zu einem polizeilichen Sonderregime nicht zu verkennen. Die Kriminalisierung des Gedenkens an den Sieg über den Nazismus hat in dessen ehemaliger Hauptstadt bereits begonnen.

Quelle: <https://freeassange.rtd.me/meinung/169761-polizeiperren-festnahmen-schikanen-wie-deutschland-deutschland-gedenken-sieg-nazis-krimi/>



Ein Artikel von Bernhard Trautvetter; 13. Mai 2023 um 16:00

Die NATO-Osterweiterung stellt einen Bruch der internationalen Vertragstexte dar. Hier wird darum auf die Schlussakte von Helsinki, den Zwei-plus-vier-Vertrag, die Charta von Paris, die NATO-Russland-Grundakte und die Europäische Sicherheitscharta verwiesen. Von Bernhard Trautvetter.

Die Bundeswehr betreibt aktuell eine Werbekampagne (kürzlich auf den NachDenkSeiten auch von Frank Blenz hier aufgegriffen), die vor allem auf junge Menschen zielt – das zeigen die Kurztexte der Werbeplakate: «Stehen unsere Werte auf dem Spiel, gewinnen wir gemeinsam» oder «Wir bilden neue Stärken aus – unter anderem 4000 Azubis» sowie unter Anwendung einer Liedzeile des Friedensengagierten Reinhard Mey: «Damit unsere Freiheit grenzenlos bleibt» – «Mach, was wirklich zählt»; auf einem Plakat ist der Spruch «Was zählt, wenn wir wieder Stärke zeigen müssen?» mit einem Foto einer jungen Frau als «Soldatin der Panzertruppe» in Kriegsbemalung und Tarnanzug abgebildet.

Das Verständnis von Emanzipation beziehen die Militärs auch auf den Dienst mit der Waffe.

Der Spruch, den das Foto illustriert, ist in die Propaganda eingebettet, der zufolge dieser eine Krieg in der Ukraine das Alleinstellungsmerkmal aufweist, dass wir nun unsere Werte von Demokratie, Menschenrechten und Freiheit gegen Russland verteidigen müssen.

Diese Darstellung als Manipulation zu enttarnen, bedeutet mitnichten, die Invasion Russlands in die Ukraine zu unterstützen. Im Gegenteil, ich verurteile sie nicht nur wegen des menschlichen Leids, sondern auch deshalb, weil Russland mit Invasion und Krieg in einem Staat mit 15 Atomreaktoren ein Risiko eingeht, das niemals jemand eingehen darf.

Gleiches gilt allerdings für die NATO, die mit ihrer Osterweiterung im Widerspruch zu internationalen Verträgen des Völkerrechts, wie dazulegen ist, Spannungen generiert hat, die das Risiko in Kauf genommen haben, dass nukleare Gefahren unverantwortlich hervorgerufen werden. Im Mai 2014 entsandte die NATO eine Expertendelelegation zur Beratung der damals illegalen «Übergangsregierung» der Ukraine über den Umgang mit Atomanlagen im Krieg, was ebenfalls unverantwortlich ist. Alle Seiten wussten und wissen, welches existenzielle Risiko sie für die Menschen in Europa eingehen, und eskalieren die Gefahr dessen ungeachtet. Das hat mit Werten und Freiheit nichts zu tun.

Nun zu den Werten selbst: Das Narrativ der NATO ist, dass sie diese sowie die von ihr sogenannte «Regelbasierte Ordnung» verteidigt und dass Russland mit der internationalen Friedensordnung gebrochen hat. Das Gegenteil trifft zu – Die NATO-Osterweiterung stellt einen Bruch der internationalen Vertragstexte dar, die seit der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 in Helsinki Basis einer Friedensordnung sind; so heisst es in der Schlussakte:

«Die Teilnehmerstaaten werden ihre Zusammenarbeit miteinander und mit allen Staaten in allen Bereichen gemäss den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen entwickeln. ... Sie werden sich bei der Entwicklung ihrer Zusammenarbeit als Gleiche bemühen, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen, freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen untereinander, internationalen Frieden, internationale Sicherheit und Gerechtigkeit zu fördern.

Sie werden sich gleichermassen bemühen, bei der Entwicklung ihrer Zusammenarbeit das Wohlergehen der Völker zu verbessern ... sie werden das Interesse aller berücksichtigen, ...

Sie bestätigen, dass Regierungen, Institutionen, Organisationen und Personen eine relevante und positive Rolle zukommt, zur Erreichung dieser Ziele ihrer Zusammenarbeit beizutragen. Sie werden bei der Ver-

stärkung ihrer Zusammenarbeit wie oben dargelegt, danach streben, engere Beziehungen untereinander auf einer verbesserten und dauerhafteren Grundlage zum Nutzen der Völker zu entwickeln.»

Dementsprechend haben die DDR, die Bundesrepublik Deutschland und die vier Siegermächte des zweiten Weltkrieges in ihrem Zwei-plus-vier-Vertrag zur abschliessenden Regelung in Bezug auf Deutschland und damit zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten vereinbart, auf eine Friedensordnung hinzuwirken, die «die Sicherheitsinteressen eines jeden» berücksichtigt, wie es in der Präambel des Vertrages heisst.

Passend dazu vereinbarten die Staaten Europas ebenfalls im Jahr 1990 in der Charta von Paris:

«Zur Lösung wirtschaftlicher, sozialer, umweltbezogener, kultureller und humanitärer Probleme haben wir die feste Absicht, den politischen Konsultationsprozess zu verstärken und die Zusammenarbeit zu erweitern. Diese gemeinsame Entschlossenheit und die wachsende gegenseitige Abhängigkeit werden dazu beitragen, das jahrzehntelange Misstrauen zu überwinden, die Stabilität zu festigen und ein geeintes Europa aufzubauen.»

Auch die NATO-Russland-Grundakte erlegt den beteiligten Staaten die Aufgaben auf, die sich aus der Konzeption der gemeinsamen Sicherheit ergeben:

«Ausgehend von dem Grundsatz, dass die Sicherheit aller Staaten in der euro-atlantischen Gemeinschaft unteilbar ist, werden die NATO und Russland zusammenarbeiten, um einen Beitrag dazu zu leisten, dass in Europa gemeinsame und umfassende Sicherheit auf der Grundlage des Bekenntnisses zu gemeinsamen Werten, Verpflichtungen und Verhaltensnormen im Interesse aller Staaten geschaffen wird.

Die NATO und Russland werden zur Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beitragen, darunter auch zur Weiterentwicklung ihrer Rolle als eines der Hauptinstrumente für präventive Diplomatie, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung, Normalisierungsmassnahmen nach einem Konflikt und regionale Sicherheitszusammenarbeit, und die Verbesserung ihrer operationellen Fähigkeiten zur Durchführung dieser Aufgaben unterstützen. Der OSZE als einziger gesamteuropäischer Sicherheitsorganisation kommt eine Schlüsselrolle für Frieden und Stabilität in Europa zu. Im Zuge der Stärkung der OSZE werden die NATO und Russland zusammenarbeiten, um jede Möglichkeit einer Rückkehr zu einem Europa der Spaltung und Konfrontation oder der Isolierung irgendeines Staates auszuschliessen.»

Als letztes Dokument mit Bezug auf die Konzeption der gegenseitigen Sicherheit entstand 1999 die Europäische Sicherheitscharta, in der es heisst:

«Wir sind übereingekommen, die Plattform für kooperative Sicherheit zu verabschieden, um die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen und Institutionen zu stärken und auf diese Weise die Ressourcen der internationalen Gemeinschaft besser zu nutzen; die Rolle der OSZE in der Friedenserhaltung auszubauen und damit den umfassenden Sicherheitsbegriff der Organisation deutlicher zu machen...»

Dies stellt den Rahmen dafür dar, dass die Staaten übereingekommen sind, dass jeder Staat das souveräne Recht hat, «seine Sicherheitsvereinbarungen einschliesslich von Bündnisverträgen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern. Jeder Staat hat auch das Recht auf Neutralität.» Die NATO greift sich alleine diese Stelle aus den internationalen Verträgen heraus, um ihre NATO-Ost-Expansion und die Militarisierung in den Teilnehmerstaaten als rechtlich abgesichert darzustellen; sie übergeht dabei die Basis, in deren Zusammenhang dieser Satz steht.

Als die USA nuklearfähige Abwehrraketen-Systeme, die leicht in Offensivwaffen umzurüsten sind, nach der von den USA 2002 vorgenommenen einseitigen Kündigung des ABM-Vertrags in Polen und Rumänien – wie es offiziell hiess – «gegen den Iran» aufstellte, brach die NATO die europäische Friedensordnung erneut, diesmal direkt militärisch. Natürlich hat Russland diese Systeme als eigene Bedrohung wahrgenommen, und die Iran-Rechtfertigung änderte das nicht. Diese Systeme sind in besonderem Masse destabilisierend, da sie im Offensivfall wegen ihrer extrem kurzen Flugzeit auch bis zu möglichen militärischen Zielen in Russland der jeweiligen Gegenseite nur wenige Minuten Zeit lassen, über militärische Reaktionen zu entscheiden. Sie machen den Atomkrieg aus Versehen entsprechend wahrscheinlicher, führen die Menschheit also näher an den Rand des Abgrunds.

Genau dies war ein zentraler Grund für den Aufstieg der Friedensbewegung in der Zeit, als sie gegen die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa vorging: Zwar besass auch Russland, wie Frankreich und Grossbritannien, solche Waffensysteme, aber vor allem in der Enthauptungsschlagwaffe «Pershing II» sahen die Friedenskräfte eine nicht zu verantwortende Gefahr:

«Die Pershing II ... hat Anflugzeiten ... zwischen 4 und 6 Minuten... . Dieses Waffensystem zwingt ein Land, zu dessen Bedrohung es installiert wird, eine sozusagen automatische Reaktion auf. ... Wird auf den entsprechenden Radarschirmen der Start einer ‚Pershing‘ sichtbar, zwingt dies die verantwortlichen Militärs der Gegenseite dazu, unverzüglich den Startbefehl zum Vergeltungsschlag zu geben. Neben der Gefahr eines bewusst ausgelösten Atomkriegs wächst auch die eines nuklearen Infernos durch simples technisches Versagen oder menschliches Fehlverhalten in einer Gefahrensituation mit einem Zeitdruck, der keinen Raum mehr für eine umfassende Überprüfung der Datenlage bietet.» (Zitat: G. Kade, in: Sagt Nein!, Blätter für Deutsche und internationale Politik 9/1983, Köln, S. 1219).

Diese Gefahr steht mit NATO-Arsenalen in Minuten-Entfernung zur russischen Westgrenze wie einst erneut im Raum.

Die NATO führte dieses Risiko sehenden Auges herbei. Im Herbst 2014 schrieb die NATO-Strategieschmiede JAPCC in ihrem Tagungsmaterial «Future Vector», die Annahme, es gäbe keinen grossen Krieg mehr in Europa, sei anzuzweifeln; als mögliche Ausgangspunkte für dieses Inferno machten die Militärs Staaten vor der russischen Westgrenze aus (S.141). Die Antwort der Militärs war ein «angemessener» (appropriate) Mix nuklearer und konventioneller Arsenale (S. 70).

Seither haben allein die USA die Ukraine mit Milliarden Dollar aufgerüstet und die Spannungen weiter geschürt; dazu hat auch der ehemalige US-Präsident Trump beigetragen. Vor seinem Amtsantritt fand die bereits erwähnte Entsendung von NATO-Nuklear-Experten zur Beratung der nach der Absetzung von Janukowitsch pro-westlichen Kiewer Regierung statt.

Die Scheinheiligkeit der NATO-Propaganda mit ihren doppelten Standards und Halbwahrheiten spitzt sich darin zu, dass sie korrekterweise Russland Desinformation vorwirft, wenn von dort Kriegsverbrechen in Abrede gestellt werden. Allerdings hat die NATO mit Desinformation eine reichhaltige Erfahrung, wie wir in ihrem Umgang mit dem internationalen Recht und der Zerstörung des Europäischen Hauses mit einer gemeinsamen Sicherheit von Lissabon bis zum Ural oder gar bis Wladiwostok gesehen haben.

Was US-Aussenminister Baker und der Deutsche Aussenminister dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow 1990 versprochen, nämlich dass sich die NATO keinen Zentimeter nach Osten ausdehnt, mündete in den hier erwähnten Texten zur europäischen Friedensordnung ab 1990. Dazu schrieb Michail Gorbatschow 2019: Das «gegenseitige Vertrauen, das mit dem Ende des Kalten Krieges gewachsen war, wurde dann einige Jahre später schwer erschüttert – durch die Entscheidung der NATO, sich nach Osten auszuweiten. Und Russland konnte darauf keine Antwort finden.» (Was jetzt auf dem Spiel steht, München, S. 14)

Das auch im Westen von Diplomaten wie J. Matlock, Geheimdienst-Experten wie Ex-CIA-Chef Burns, Führungspolitikern wie Ex-US-Verteidigungsminister Gates oder dem Strategen des Kalten Krieges George F. Kennan befürchtete Eskalationsrisiko bis hin zu einem Krieg ging die NATO sehenden Auges ein.

Dies zu konstatieren stellt – wie bereits dargelegt – keine Parteinahme für die Invasion Russlands in die Ukraine dar, sie beweist allerdings, wie gefährlich die Schwarz-Weiss-Propaganda der NATO und der sie unterstützenden Kräfte am Rande des nuklearen Abgrunds ist. Ein dritter Weltkrieg wäre der letzte.

Ein erster Schritt für die Zeit vor dem nächsten NATO-Gipfel in Vilnius Mitte Juni könnte ein solcher breit getragener Appell sein:

«Wir fordern die Bundesregierung auf, den Zwei-plus-vier-Vertrag zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten einzuhalten, auf eine Friedensordnung der gegenseitigen und dadurch gemeinsamen Sicherheit in Europa hinzuwirken, die ,die Sicherheitsinteressen eines jeden‘ berücksichtigt, die mit Rüstungskontrolle und Abrüstung in eine zukunftsfähige Zeitenwende mündet. Die NATO-Expansion in Osteuropa bricht mit internationalen Verträgen, und die Bundesregierung darf dies nicht weiter unterstützen.»

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=97638>



Ein Artikel von: Florian Warweg; 12. Mai 2023 um 10:00

Die EU-Kommission will zur Unterstützung der Ukraine mehr Munition produzieren lassen. Dazu hat die oberste EU-Behörde unter Leitung von Ursula von der Leyen einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, laut dem 500 Millionen Euro aus dem EU-Budget, genauer gesagt aus dem schuldenfinanzierten Corona-Aufbaufonds sowie dem Kohäsionsfonds für besonders arme EU-Regionen, abgezweigt werden sollen. Doch damit beugt die EU-Kommission wissentlich EU-Recht. Denn die europäischen Verträge schliessen die Verwendung von EU-Mitteln für Rüstungsgüter explizit aus. Bisher kritisieren in Deutschland weder Politik noch Medien diesen offenen Rechtsbruch der EU-Kommission. Von Florian Warweg

Jüngst erklärte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton, dass die Rüstungsindustrie der EU-Länder umgehend in den «Modus der Kriegswirtschaft» umschalten und die Kapazitäten so schnell wie möglich hochfahren müsse. Zur Unterstützung dieser Maßnahme stellte die EU-Kommission einen neuen Gesetzesentwurf vor, der die «Investition» von EU-Mitteln in den europäischen Rüstungssektor zur «Herstellung von relevanten Verteidigungsgütern» ermöglichen soll. Die «Verteidigungsgüter» sind im konkreten Fall vor allem Munition für schwere Artillerie und Raketen. Als proklamiertes Ziel soll die EU dann in der Lage sein, mindestens eine Million Artilleriegranaten pro Jahr herstellen zu können, so Breton. Zum Vergleich: 2022 produzierten Rüstungsfabriken in der EU jährlich rund 250'000 Stück.

Dass dieser Gesetzesvorschlag allerdings einen eklatanten Bruch mit EU-Recht darstellt, ist bisher im Bereich der Mainstream-Medien nur der britischen Financial Times aufgefallen.

«Die vorgeschlagene Umschichtung von Mitteln aus dem gemeinsamen EU-Haushalt wäre jedoch eine umstrittene Massnahme. Der EU-Verfassungsvertrag verbietet «Ausgaben, die sich aus Massnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen ergeben».»

Als einziges deutschsprachiges Medium hat bisher der auf EU-Fragen spezialisierte Blog Lost in Europe das Thema unter dem Titel «Brüssel und Kiew umgehen die Regeln – und das Recht» aufgegriffen.

Konkret geht es um Artikel 41 (2) des «Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union» (AEU-Vertrag) im Kapitel «Besondere Bestimmungen über die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik».

Insgesamt sollen, wenn es nach den Plänen der EU-Kommission geht, für die Ausweitung der Rüstungsproduktion zur Versorgung der Ukraine mit Munition für schwere Waffen eine Milliarde Euro mobilisiert werden: 500 Millionen Euro direkt aus dem EU-Budget und weitere 500 Millionen als Ko-Finanzierung von den 27 Mitgliedstaaten. Das Ganze ist bisher angedacht für eine Laufzeit von zwei Jahren bis Mitte 2025.

Die Initiatoren des Vorschlags der EU-Kommission, der noch von den Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament gebilligt werden muss, behaupten, dass dieser sich innerhalb der Grenzen des Vertrags bewegt. Doch selbst wenn der Gesetzesentwurf diese Grenzen ein wenig überschreite, so zitiert die Financial Times eine Quelle aus der Kommission, «ist der Krieg in der Ukraine eine noch nie dagewesene Krise, die noch nie dagewesene Reaktionen erfordert».

Dass der Entwurf geltendes EU-Recht bricht, das wissen die Verantwortlichen folglich sehr wohl. Wieso sonst hätten sie sich sonst auch folgendes Konstrukt ausgedacht. Die Argumentation der EU-Kommission zur Rechtfertigung des Vorgehens, bei der sie sich vermutlich auch noch clever vorkommt, lautet: Man ermöglicht es Mitgliedstaaten, Gelder aus dem EU-Kohäsionsfonds, der eigentlich zur finanziellen Unterstützung armer EU-Regionen gedacht ist, sowie aus dem sogenannten Corona-Aufbaufonds der EU (zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise), umzuwidmen und in den Ausbau der Rüstungsproduktion zu stecken. Dabei handelt es sich zwar zweifelsfrei um Gelder aus dem EU-Haushalt, aber – so die zurechtgebogene Begründung der Kommission – da die konkrete Umwidmung dieser EU-Gelder dann eine Entscheidung der jeweils nationalen Regierungen und nicht der EU sei, würde Artikel 41 (2) des EU-Vertrages nicht greifen.

Auf eine Presseanfrage, wie der aktuelle Gesetzesentwurf mit den geltenden EU-Verträgen vereinbar sei, wollten die Verantwortlichen in Brüssel laut Financial Times zunächst nicht antworten. Etwas später gab es dann aber doch eine Stellungnahme des Sprechers der EU-Kommission. Im besten Brüsseler Bürokraten-sprech erklärte dieser entsprechende Bedenken für haltlos, denn:

«Die finanzierten Massnahmen sind mit der Förderung der Produktionskapazitäten der einschlägigen Verteidigungsindustrie verbunden und nicht mit der physischen Produktion bestimmter Mengen von Verteidigungsgütern.»

Bei so einer Antwort bleiben keine Fragen mehr offen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=97576>

Von Nicht-Berichterstattung und Vertrauensverlust

Das Vertrauen in die Medien sinkt. Das ist das Ergebnis der Mainzer Langzeitstudie zum Thema, die jüngst veröffentlicht wurde. Wir schauen in die Studie und haben Beispiele für Nicht-Berichterstattung im Mainstream herausgesucht. Denn von der Leyens Pfizer-Skandal oder der Rückgang der Geburtenrate stehen nicht in den Medien, denen die Konsumenten immer weniger vertrauen. Die Hintergrund-Medien-rundschau vom 12. Mai 2023.

Von REDAKTION | Veröffentlicht vor 3 Tagen in: Rundschau



Foto Bourla: Fortune Photo, Lizenz: CC BY-SA-ND;
Foto Von der Leyen: The Left, Lizenz: CC BY-SA, Mehr Infos

Was haben diese beiden miteinander zu tun? In den Mainstream-Medien ist wenig bis nichts zur Verbindung von Pfizer-Boss Bourla mit Kommissionspräsidentin von der Leyen zu lesen.

Regelmässig schauen wir für Sie in die Medien. Einmal in der Woche fassen wir das, was wir für wichtig erachten, in einer Medienrundschau zusammen. Meist wählten wir in den vergangenen Monaten ein Thema aus den Mainstream-Medien, schauten darauf, was sie weglassen, kritisierten die Halbheiten und die Doppelmoral zwischen den unzähligen Zeilen oder in den Videos und Podcasts. Tag für Tag, Stunde um Stunde werden Informationen auf die Konsumenten losgelassen. Was wir aufzeigen, ist immer nur ein Ausschnitt, auch wir lassen vieles weg. Das Weglassen soll heute unser Thema sein, denn die Medien berichten über vieles nicht. Selbst der vielleicht grösste Skandal der vergangenen Jahre wird kaum aufgegriffen.

Anfangen wollen wir aber mit dem Vertrauen in die Medien. Denn die Mainzer Langzeitstudie zu diesem Thema hat aktuelle Ergebnisse veröffentlicht, die wir zunächst mit den nachrichtlichen Worten des Evangelischen Pressedienstes epd in der FAZ zusammenfassen wollen:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in Deutschland an Vertrauen verloren. Zu diesem Ergebnis kommen die Autoren einer Langzeitstudie der Mainzer Universität zum Medienvertrauen. Der Studie zufolge erklärten 2022 insgesamt 62 Prozent der Menschen die öffentlich-rechtlichen Sender für sehr oder eher vertrauenswürdig. Ein Jahr zuvor waren es noch 70 Prozent gewesen. Dennoch genossen ARD und ZDF nahezu gleichauf mit Regionalzeitungen weiterhin das grösste Vertrauen unter allen Medien. Sie liegen vor überregionalen Zeitungen und weit vor Privatfernsehen, Boulevardpresse und alternativen Nachrichtenportalen. (FAZ, 5.5.23)

Es steht also nicht so gut um die Medien in Deutschland. Das wissen wir und auch die Medien selbst. Man kann sich das aber auch schönreden, so wie der Tagesspiegel in der Unterzeile, in der es heisst, das Fernsehen bleibe «das glaubwürdigste Medium» (Tagesspiegel, 2.5.23). Der Einäugige sieht unter Blinden immer noch am besten, denn es gehört ebenfalls zur Wahrheit, dass der Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks so niedrig ist wie nie zuvor während dieser Langzeitstudie. Die Studienautoren kommen zu dem Schluss, das Vertrauen sei auf einem hohen Niveau – im Vergleich mit anderen Ländern (Media Perspektiven 8/23). Wer sich genauer mit der Studie befassen möchte, sollte sie selbst einmal lesen. Empfehlenswert ist auch die Analyse aus Sicht eines Kommunikationswissenschaftlers und Medienkritikers. Sebastian Köhler, Professor an der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Berlin, hat vergangene Woche bei

Telepolis einen ausführlichen Artikel veröffentlicht, in dem er die Ergebnisse vorstellt, einordnet und die Methode kritisch beleuchtet. Nur ein Auszug zu aktuell brennenden Themen:

Interessant der Befund zum Thema «Krieg in der Ukraine»: Hier sind es laut Studie (nur) 45 Prozent der Befragten, die den etablierten Medien voll und ganz/eher vertrauen, und damit weniger als beim allgemeinen Vertrauensniveau hinsichtlich wichtiger Themen (49 Prozent). Von allen abgefragten konkreten Themenbereichen ist laut Studie das Vertrauen übrigens am geringsten beim Thema «Energieversorgung in Deutschland» mit insgesamt nur 36 Prozent Vertrauen (sehr/eher). (Telepolis, 5.5.23)

Die Studie sagt auch etwas zum Vertrauen in alternative Medienangebote. Es sei gesunken. Schaut man auf die Medien, die den Umfrageteilnehmern als Beispiele genannt wurden, dann fällt auf, dass die Auswahl noch einseitiger ist als bei der vorherigen Studie, in der RT noch mit abgefragt wurde. Es wurden zuletzt nämlich nur rechtskonservative Medien angegeben (Junge Freiheit, Reitschuster, Compact, Tichys Einblick). Nun denn, so kommt man auch zu seinen Ergebnissen und die «amtierenden Medien» (Richard David Precht/Harald Welzer) können sich auf die Schultern klopfen. Sie haben die Schmuddelkinder der «oppositionellen Medien» (Paul Schreyer) immer noch weit hinter sich gelassen.

Wir überlassen es Ihnen, weitere Schlüsse aus der Studie zu ziehen. Vielleicht stellen Sie sich nach der Lektüre auch die Frage, ob Sie sich zu den «Medienzynikern» zählen wollen? So bezeichnen die Studienautoren diejenigen, die «extrem kritisch bis feindselig auf die etablierten Medien blicken». Der Begriff ist fragwürdig, denn für Kritik gibt es mannigfaltige Gründe. Schauen sie einfach ins Archiv der Medienrundschau. Empfehlenswert ist beispielsweise auch der aktuelle Artikel von Roberto De Lapuente im Magazin Manova, dem Nachfolger von Rubikon. De Lapuente seziert einen Stern-Artikel des Reporters Stephan Maus. Er handelt von Ulrike Guérot, will als unverfängliches Porträt daherkommen und lenkt stattdessen ganz nebenbei und durch die Hintertür die Haltung des Lesers.

Maus zeigt nun, dass man eben nicht ganze Textbausteine auf Fantasiebasis entwerfen muss, um die Rezipienten auf die eigene Fährte zu locken und pädagogisch zu führen. Man kann die Wirklichkeit, die sich in diesem Gespräch zwischen Maus und Guérot auf eine vielleicht ähnliche Art und Weise gezeigt hat, wie es der Stern-Text skizziert, einfach nur konjugieren und beugen, so verformen, dass am Ende ein Machwerk herauskommt, das nicht klar erstunken und erlogen ist, aber so in sich verfremdet, dass keine wahre Geschichte mehr vorliegt, sondern ein Märchen. (Manova, 10.5.23)

Die einen werden in eine bestimmte Richtung geschrieben, über andere wird lieber geschwiegen. So zum Beispiel über den Pfizer-Deal der EU-Kommissionspräsidentin. Fulminant zusammengefasst hat ihn der EU-Abgeordnete Martin Sonneborn auf Twitter. Unter anderem schreibt er zu dem 35 Milliarden Euro umfassenden Vertrag über die Lieferung von sogenannten Impfstoffen:

Von der Leyen hat die offiziellen EU-Vertragsgespräche mit der Pharmaindustrie, die nach einem festgelegten Protokoll von mandatierten Verhandlungsführern und Experten der Kommission durchzuführen waren, allem Anschein nach erfolgreich unterlaufen und die Verhandlungen für diesen dritten, grössten, teuersten, wettbewerbsverzerrendsten und stümperhaftesten Pfizer-Vertrag in seinen entscheidenden Teilen an sich gezogen – unter Überschreitung ihrer Amtszuständigkeit als Kommissionspräsidentin und Verletzung der für EU-Beamte verbindlichen Verfahrensvorschriften.

(Sonneborn auf Twitter, 6.5.23)

Sonneborn kommentiert im zweiten Tweet:

Unter Kommissionspräsidentin von der Leyen hat die Tendenz von EU-Institutionen (und -Beamten), sich ihrer geschuldeten Rechenschaftspflicht durch gemeinschaftliche Verschanzung hinter einem demokratieverachtenden Bollwerk aus Undurchsichtigkeiten zu entziehen, ein alarmierendes Ausmass angenommen. Machen Sie sich das immer wieder klar: Transparenz ist keine Ihnen von metaphysisch entrückten Instanzen zu gewährende Gnade, sie steht Ihnen schlechterdings zu. Sie haben das (unveräusserliche) Recht, vollumfänglich zu erfahren, was die von Ihnen in Macht gesetzten Amtsträger in Ihrem Namen tun. Und die Medien sollten dabei ihr verlässlich wummernder Bassverstärker sein. Alles andere wäre keine moderne Demokratie, sondern die Gesellschaftsordnung von 1648. Oder ein Live-Konzert der Kelly Family (unplugged). (Sonneborn auf Twitter, 6.5.23)

Mittlerweile ermittelt sogar die Europäische Staatsanwaltschaft in Sachen Pfizer-Deal. Auf den Punkt gebracht hat Sonneborn die Fakten in einer kurzen Rede im EU-Parlament (Sonneborn auf Youtube, 9.5.23). Nun ist diese Zeit an Skandalen nicht gerade arm und eine Königskrönung war da ja auch noch. Aber 35 Milliarden? Die Mainstream-Medien widmen sich lieber Boris Palmer (hierzu ein lesenswertes aktuelles Stück im Cicero) oder Til Schweiger. Jens Berger schreibt:

In Summe sind die Verträge zur EU-Impfstoffbeschaffung der wohl grösste politische Skandal der letzten Jahrzehnte. Doch die grossen deutschen Medien schweigen. Das könnte auch daran liegen, dass ihre Corona-Berichterstattung von der Leyen dazu getrieben hat, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und dabei episch zu scheitern. (Nachdenkseiten, 9.5.23)

In seinem Artikel zeichnet Berger nach, wie die Verträge zustande kamen und dass jede zweite bezahlte Dosis offenbar vernichtet werden muss. So wie auch das Geld der Steuerzahler – wobei: vernichtet ist nicht

der richtige Ausdruck. Das Geld haben nun andere. Und warum das alles? Welche Verantwortung hätten die Medien? Jens Berger meint, die EU, aber auch die deutschen Medien haben bei der Impfstoffbeschaffung versagt., wofür wir jetzt den Preis bezahlen.

Dass von der Leyen damit «durchkommt», ist wahrscheinlich. Freuen kann sich der US-Pharmamulti Pfizer. Der hat durch den Vertrag mit von der Leyen nicht nur sämtliche Mitbewerber verdrängt und nun ein Monopol für Coronaimpfstoffe auf dem europäischen Markt, sondern hat sich diesen kartellrechtlich hoch problematischen Vorgang auch noch sehr teuer bezahlen lassen – mit dem Geld der europäischen Steuerzahler. Neben einigen Alternativmedien wie eben den Nachdenkseiten oder auch dem oft lesenswerten Blog Lost in Europe von Eric Bonse, gibt es in den Mainstream-Medien so gut wie keine Berichte über den Skandal. Nur die Berliner Zeitung berichtete hin und wieder (aktuell jedoch noch nicht) und zuletzt kam das Thema auch im Focus zur Sprache – Bonse hat ein Interview mit der SPD-Abgeordneten Katarina Barley dort veröffentlicht (Ausschnitte: Lost in Europe, 8.5.23, oder das gesamte Interview bei Focus 19/2023).

Es gibt eben Themen, zu denen unsere Medien lieber schweigen (in Frankreich dagegen ist es bereits im öffentlich-rechtlichen Fernsehen angekommen, siehe einen Beitrag auf Youtube). Würden der hiesigen Journaille mehr Menschen vertrauen, wenn die Medien breiter berichteten? Wir gehen davon aus. Auf der anderen Seite fiele dann auf, wie sehr die Medien selbst versagt haben und stetig versagen. Das gilt vermutlich auch für ein weiteres Thema, das – neben vielen anderen – in der Berichterstattung möglichst totgeschwiegen wird. Es geht um den Geburtenrückgang in Deutschland. Norbert Häring hat nur noch bösen Spott für die Kollegen übrig:

Die Bekanntgabe einer erneut sehr niedrigen Geburtenzahl im Februar durch das Statistische Bundesamt hat schon wieder zu einer Welle der Nichtberichterstattung in den deutschen Medien geführt. Allenthalben wurde nicht darüber spekuliert und wurden keine Experten dazu befragt, woran es liegen könnte, dass seit etwa neun Monaten nach Beginn der Massenimpfungen die Geburtenrate in Deutschland ungewöhnlich niedrig ist. Die etablierten Medien verfallen damit in die gleiche ausgeprägte Nichthysterie (Gleichgültigkeit), die sie auch schon bei der Nichtberichterstattung über die hohe Übersterblichkeit in Deutschland und vielen anderen Ländern im Jahr 2022 zeigten. (norberthaering.de, 10.5.23)

Häring hat nach aktuellen Berichten gesucht und im Mainstream nichts gefunden. Das Thema Geburtenrückgänge war im vergangenen Jahr dort schon einmal präsent, es wurde aber abgewiegelt. Und als sich eine Erholung abzuzeichnen schien, eifrig genau darüber berichtet. Noch einmal Norbert Häring:

Es stellte sich jedoch bald heraus, dass die Hoffnung, der Effekt werde sich als temporär herausstellen, getrogen hat. Das Geburtendefizit gegenüber den Vorjahren wurde wieder deutlich grösser und blieb gross. Seither herrscht Schweigen im Walde, sowohl bei den zuständigen Instituten und Wissenschaftlern, staatlichen wie vermeintlich unabhängigen, als auch bei den Medien, die es vermeiden nachzufragen. Das wird wohl so bleiben, bis jemand wieder mit einer «Studie» um die Ecke kommt, die eine Erklärung findet oder behauptet, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

Angesichts dieser Beobachtungen, die ja nur ein kleiner Ausschnitt des ganzen Morastes im Haltungsjournalismus sind, wundert man sich, dass überhaupt noch Menschen den «amtierenden Medien» vertrauen. Denn eine Substanz gibt es dafür kaum. Stattdessen gibt es eifriges Framing gegen die alternativen Angebote und natürlich die Faktenchecker, die vermeintliche Fake News aufspüren, für die dann immer die anderen verantwortlich sind. Wir hatten das Thema und die enge Verbindung der Faktenwächter mit staatlichen Strukturen an dieser Stelle schon mehrfach aufgegriffen. Deswegen wollen wir zum Abschluss dieser Medienrundschau noch kurz auf einen aktuellen Text hinweisen, der neben dem Unwesen der Faktenchecker-Branche ausführlich ein weiteres Thema aufgreift, das kaum berichtet wird. Die Twitter Files. Wir können den Artikel nur empfehlen, dessen Kernaussage lautet:

Die Branche ist gekauft. Sie ist kompromittiert. Darauf hinzuweisen, ist nicht willkommen. Wer dies tut, gehört zu den «Ausgegrenzten». (Infosperber, 10.5.23)

Zu den Ausgegrenzten, denen man tunlichst nicht vertrauen darf. Wofür wiederum die Faktenchecker sorgen sollen. Mit dieser letzten Empfehlung eines ausführlichen Textes, den wir Ihnen ans Herz legen, beenden wir für heute unsere Medienrundschau. Wir hoffen, Sie mit einigen interessanten Empfehlungen versorgt zu haben, so wie wir es auch regelmässig in der rechten Spalte unserer Website tun. Schauen sie hier und dort gerne wieder vorbei, wir wollen Sie gerne dabei unterstützen, sich eine eigene Meinung zu bilden. Und wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen an: redaktion@hintergrund.de.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/allgemein/rundschau/von-nicht-berichterstattung-und-vertrauensverlust/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2023

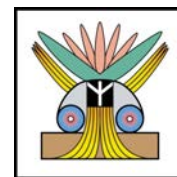
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz